

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgeschlagene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Au die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Rthlr. 15 Sgr. auswärtige aber 1 Rthlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Prämienrechnung zu zahlen haben, wofür diese, mit Ausnahme des Sonntags, täglich erscheinende Zeitung durch alle Königlichen Postämter der ganzen Monarchie zu beziehen ist. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, können die früheren Nummern nur nachgeliefert werden, so weit der Vorraum reicht.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden, außer der Zeitungs-Erprobation, auch die Herren Kaufleute Joseph Wache, Alten Markt Nr. 73, A. Kunkel, Wallstraße Nr. 31, Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11, Jacob Appel, Wilhelmsstraße Nr. 9, M. Gräber, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke, Adolph Latz, Wilhelms-Platz Nr. 10, Carl Borchardt, Friedrichs- und Lindenstraßen-Ecke Nr. 19, F. A. Buttke, Sapientiaplatz, Leitgeber, gr. Grotterstraße Nr. 16, M. Brandenburg, Bronnerstraße Nr. 19, Pawełski, Wallstraße Nr. 95 neben der Apotheke, und Koschmann Fabrichin & Comp., Schuhmacherstraße Nr. 1, Prämienrechnungen auf unsere Zeitung pro 3tes Quartal annehmen, und wie wir, die Zeitung am Nachmittage um 4 Uhr aussgeben.

Das Abonnement kann zwar für hiesige Leser auch bei dem Königlichen Postamt hieselbst erfolgen, wir bemerken indeß, daß in Folge höherer Anordnung im Preise kein Unterschied mehr zwischen dem auswärtigen und dem Lokal-Debit gemacht wird.

Wichtige telegraphische Depeschen enthalten die Posener Zeitung schon an demselben Tage, während die Berliner Blätter dieselben erst am nächsten Morgen hieher bringen können; bei außerordentlichen Ereignissen erscheinen Extrablätter.

Posen, den 16. Juni 1860.

Die Zeitungs-Erprobation von W. Decker & Comp.

Amtliches.

Berlin, 16. Juni. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs Allergräßigst geruht: Dem Ober-Bürgermeister, Justiz-Rath Groddeck zu Danzig und dem Großherzoglich mecklenburgischen Postmeister Fluegge zu Reden den Rothen Adler-Orden vierter Classe, dem Ober-Bergamis-Kanzlei-dienner Krause zu Bonn das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Steiger Karl Kuhlmann, dem Gruben-Betriebsführer Louis Struebing, beide zu Bölkow, den Bergleuten Heinrich Dohmeyer, Heinrich Boremann, Friedrich Wilhelm Marck zu Meissen und Bernhard Roelitz zu Dehne im Kreise Minden, die Reutings-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den Kreisgerichts-Rath Schirmeister zu Lauenburg zum Direktor des Kreisgerichts in Schlawe zu ernennen; und dem vorsitzenden Direktor der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft, Baurath Neubaus hierbei, den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen; endlich dem Sanitäts-Rath Dr. Rieseberg zu Carolath im Kreise Freistadt, die Erlaubnis zur Anlegung des des Herzogs von Sachsen-Meiningen Hoheit ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des Herzoglich-Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens; so wie dem Architektur- und Landschafts-Maler A. Herrmann zu Berlin zur Anlegung des des Sultans Majestät ihm verliehenen Medaillen-Ordens fünfter Classe zu ertheilen.

Der bisherige Kreisrichter Geisel in Schweinitz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Suhl und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Suhl, ernannt worden. Der Notar Johann Leonhard Wenzel aus Schily zu Wallerfangen ist vom 1. August d. J. ab in den Bezirk der Friedensgerichte zu Trier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Trier, versetzt worden.

Abgereist: Se. Excellenz der General der Infanterie, General-Inspekteur des Ingenieur-Korps und der Festungen, von Bresc-Winary, nach Schlesien.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Freitag 15. Juni, Abends. Die heutige "Österreichische Zeitung" theilt mit, daß der preußische Gesandte dem Grafen Rechberg über die bevorstehende Zusammenkunft in Baden-Baden offizielle Mittheilung gemacht und über deren Zweck und Veranlassung Erklärungen gegeben habe, welche auch das leiseste Bedenken heben. Dasselbe Blatt demonstriert die Nachricht, daß Oestreich nach Neapel Truppen senden will.

Baden-Baden, Freitag 15. Juni, Abends. Der Kaiser Napoleon ist um 7 Uhr hier eingetroffen und vom Großherzog von Baden empfangen worden. Der Kaiser ist im Stephanienbad abgestiegen. Morgen wird auf der Ebersteinburg ein Diner stattfinden.

(Eingeg. 16. Juni 8 Uhr Vormittags.)

Baden-Baden, Sonnabend, den 16. Juni Morgens. Die Könige von Sachsen, Hannover und Württemberg sind gestern Nachmittags 3 Uhr hier eingetroffen. Kurz nachher fanden die herkömmlichen Besuche und Gegenbesuche der Sonnenäste statt. Die vorläufigen Besprechungen derselben ergaben eine höchst erfreuliche Übereinstimmung in allen Fragen in Betreff Deutschlands, so wie in den Beziehungen zum Auslande. Der Kaiser Napoleon war bei seinem Eintreffen gestern Abend in Bivikleidung; die anwesenden Franzosen begrüßten ihn mit den Worte: Vive l'empereur!

(Eingeg. 16. Juni 11 Uhr 5 Minuten Vormittags.)

CH Posen, 16. Juni.

Man kann bei Beurtheilung des bevorstehenden Fürstenkongresses in Baden-Baden einem doppelten Irrthum verfallen: man kann die Bedeutung des Ereignisses zu hoch oder zu niedrig ansehen. In der ersten Richtung liegt eine falsche Auffassung näher, und es ist ratsam, mit allen Mitteln rechtzeitig dagegen anzukämpfen, damit dieselbe nicht zur Entzweigung Preußens und Deutschlands ausgebeutet werde. Es liegt in der französischen Manier, jeden politischen Alt, welcher den Interessen der "großen Nation" nützen kann, mit allem auf die Sinne und auf die Einbildungskraft wirkenden Pomp zu umkleiden, und Napoleon versteht sich trefflich darauf, der Nationalität Beschäftigung zu geben. Man kann daher zuversichtlich behaupten, daß die Berechnungen des Kaisers der Franzosen, als er mit dem Kaiser von Russland und dann mit dem Kaiser von Oestreich zusammentraf, und als er wiederholten Male den Besuch der Königin von England em-

pfing, nicht bloß einen Vortheil in der auswärtigen Politik, sondern auch einen Eindruck auf die Stimmung des eigenen Volkes vor Augen hatten. So vielgestaltig mag auch jetzt die Absicht sein, welche den Kaiser nach Baden führt. Es soll vor den Augen Europa's bekundet werden, daß Preußen und Frankreich in freundschaftlicher Beziehung stehen, trotz der so früh improvisierten Erweiterung des Kaiserreiches an der Südostgrenze, trotz der Dellamotionen über "die natürlichen Grenzen" und trotz der Unermüdblichkeit der preußischen Rüstungen. Wenn die feierliche Demonstration zunächst die Franzosen darüber beruhigen soll, daß Preußen augenblicklich keinen Marsch auf Paris beabsichtigt, so läßt sich nichts dagegen einwenden. Gegen weitere Schlussfolgerungen ist jedoch Verwahrung einzulegen.

Vor Allem bemerken wir, daß der dem Prinz-Regenten zugesetzte Besuch Napoleon III. nach dem Gesamtcharakter der politischen Situation in keiner Weise den Begegnungen ähnlich ist, welche der Kaiser der Franzosen früher mit anderen Herrschern hatte. Als die Kaiser Alexander und Franz Joseph mit Napoleon III. zusammentrafen, da hatten sie eben erst sich vor der Übermacht der französischen Waffen beugen müssen und waren darauf angewiesen, für die Erhaltung eines ehrenvollen Friedensverhältnisses die Großmuth des Siegers in Ansatz zu bringen. England stand allerdings in einer günstigeren Stellung. Die Heere Großbritanniens und Frankreichs hatten gemeinsam den schweren Kampf gegen Russland durchgesiegt, und die Machtmittel des Inselreichs waren zu Lande und zur See auf einen Erfolg gebietenden Fuß gebracht. Aber die allgemeine Situation war doch der Art, daß England sich durch ein besonderes Interesse gedrungen fühlen konnte, die Freundschaft des mächtigen Bundesgenossen warm zu halten. Wie die Lorbeer des orientalischen Krieges vorzugsweise Frankreich zugesassen waren, so hatte der französische Einfluß wesentlich die Bedingungen des Friedens diktiert, und es war ersichtlich, daß bei schlichter Regelung der orientalischen Verhältnisse der Wille Napoleons III. von entscheidendem Gewicht sein werde. Außerdem waren die Verwicklungen in China und in Hindostan ganz dazu angethan, um den Werth des französischen Bündnisses in britischen Augen zu erhöhen. Keines der hier angedeuteten Verhältnisse hat eine Verwandtschaft mit der Konstellation, unter welcher die Herrscher Preußens und Frankreichs in Baden-Baden zusammentreffen. Preußen steht ungeheigt vor Frankreich, und vor Allem, es ist kein Beweggrund des Eigenutes, welcher den Prinz-Regenten veranlaßt, die dargebotene Hand des Kaisers der Franzosen zur höflichen Begrüßung anzunehmen. Preußen hat von Frankreich weder die Gnade des Siegers, noch den Beistand des Bundesgenossen zu erbitten. Der Prinz-Regent kennt die Aufgabe Preußens: er weiß, daß sie nur im innigsten Bunde mit Deutschland befriedigend zu lösen ist. Darum hat er die befreundeten Fürsten in seine Nähe gerufen, um sich mit ihnen über den Weg zum klar erschauten Ziele zu verständigen. Wer dem Charakter des Prinzen und den feierlichen Worten seiner jüngsten Thronrede kein volles Vertrauen schenken wollte, dem muß doch die Anwesenheit so vieler deutscher Fürsten in Baden-Baden endlich den Blick entzweien helfen. Wenn Preußen einen Handel mit Frankreich auf Kosten Deutschlands abschließen sollte (der Gedanke, so unsinnig er sein mag, ist ausgesprochen worden), so würde es wahrlich nicht so viel Zeugen herbeiziehen!

Allso nicht um ein Bündniß Preußens mit Frankreich handelt es sich: darin liegt nicht die Bedeutung des Kongresses. Wohl aber dürfen wir erwarten, daß die persönlichen Besprechungen der deutschen Fürsten nicht ohne Frucht für die Besserung der vaterländischen Verhältnisse bleiben werden. Inzwischen wollen wir auch dem Annäherungsversuche des Kaisers der Franzosen nicht allen Werth absprechen. Wir schenken seinen Friedensbeschwerungen geringen Glauben, aber aus den Anstrengungen, die er macht, um seine deutschen Nachbarn in guter Laune zu erhalten, ersehen wir, daß er die Machtstellung Preußens und die Kraft des deutschen Nationalgefühls, welche ein Wort unseres Prinz-Regenten in die Waffen rufen kann, zu schätzen weiß. Möge die Haltung der deutschen Fürsten in Baden dazu beitragen, den Eindruck zu verstärken!

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 15. Juni. [Der Fürstenkongress und seine Theilnehmer; zur savoyischen Angelegenheit; französische Wühlerie in Belgien.] Meine jüngsten Angaben über das Programm des Fürstenkongresses

in Baden-Baden habe ich gleich mit dem Vorbehalt gemacht, daß manchmalartige Änderungen desselben nicht ausgeschlossen seien. Sie erfahren aus den heutigen Depeschen (s. unten), daß zunächst die Zahl der zur Beratung mit unserem Prinz-Regenten zusammenkommenden deutschen Fürsten sich in bemerkenswerther Weise erweitert hat. Der König von Hannover, der König von Sachsen und der Herzog von Nassau haben gleichfalls ihren Besuch in Baden-Baden angemeldet. Am meisten hat der späte Entschluß des Königs von Sachsen überrascht. Die Beziehungen zwischen unserer Regierung und dem hannoverschen Kabinett gehören zwar ebenfalls nicht zu den freundlichsten, doch schien in jüngster Zeit die mitteldeutsche Opposition gegen die preußische Politik den Hauptanstoß von Dresden her zu empfangen. Auch schien hr. v. Beust, der leitende Minister Sachsen's, die ersten Anregungen zu einer Besprechung deutscher Fürsten mit dem Regenten von Preußen sehr übelaufläufig aufzunehmen. Deshalb war vor einigen Tagen, wie ich Ihnen meldete, in hohen Regionen die Ansicht vorherrschend, man müsse auf eine Einladung des Königs von Sachsen verzichten. Das unerwartete Eintreffen des Königs von Hannover, welcher seine Beteiligung an dem Fürstantage von Baden zusagte, hat die Sachlage verändert und den Anlaß zu einer nach Dresden gerichteten Einladung gegeben, deren Erfolg man nun im Voraus gesichert wußte. Die Angabe eines Brüsseler Blattes, daß der diesseitige Gesandte in Paris, Graf Pourtalès, nach Baden kommen werde, kann ich auf Grund zuverlässiger Mittheilung in Abrede stellen: der Prinz-Regent will seiner Begegnung mit Napoleon durchaus den Charakter einer rein persönlichen Courtoisie wahren. Deshalb wird auch Kaiser Napoleon ebensowenig, wie die anderen Souveräne, eine diplomatische Persönlichkeit in seinem Gefolge haben. Schließlich will ich nicht unerwähnt lassen, daß nach hier umlaufenden Gerüchten selbst der Kaiser von Oestreich sich in Baden-Baden einfinden würde. Die Sache klingt außerst unwahrscheinlich, aber man muß selbst auf das Unwahrscheinliche gefaßt sein. — Die Unterhandlungen des Tuilerienkabinetts mit der Schweiz über ein Abkommen wegen Savoyens sind bis jetzt fruchtlos geblieben. Frankreich bietet eine kleine Grenzveränderung für den Kanton Wallis, welche von Seiten der Eidgenossenschaft als ungünstig erachtet wird. Marquis Turgot soll nun in Bern weitere Vorschläge machen. Man glaubt, daß der erste thatächliche Erfolg, den Napoleon durch sein Entgegenkommen gegen unseren Prinz-Regenten zu erzielen wünscht, darin besteht, einem Protest Preußens gegen die Annexion Savoyens und Nizza's vorzubeugen. — Von Paris aus wird eifrig darauf hingearbeitet, Annexionssympathien in Belgien anzuregen. Doch sieht man aus zahlreichen Flugschriften, daß sich das völkerliche Unabhängigkeitsgefühl mit Macht gegen solche Umtriebe erhebt.

C Berlin, 15. Juni. [Vom Hofe; Mancherlei.] Heute Nachmittag sind die Großherzogin Mutter und die Großherzogin Auguste von Mecklenburg-Schwerin von Ludwigslust hier eingetroffen. Bei der Ankunft der hohen Frau auf dem Hamburger Bahnhof waren der Großherzog und der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, welcher kurz vorher von Brandenburg nach Berlin gekommen war, der Prinz Karl und der Vertreter Mecklenburgs am hiesigen Hofe, General Baron v. Hopfgarten, auf dem Bahnhofe anwesend und geleiteten sie nach dem Schloß, wo die hohen Herrschaften zusammen das Diner einnahmen. Die Frau Großherzogin Mutter wohnt während der Dauer ihres Besuches am hiesigen Hofe im Schloß; die Frau Großherzogin Auguste folgte ihrem Gemahl, nach Aufhebung der Tafel, nach Charlottenburg und logirt im dortigen Schloß. Morgen wollen die beiden hohen Frauen der Königin und dem Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm in Potsdam einen Besuch machen. — Der General-Feldmarschall v. Wrangel, der jetzt wieder seinen Sommeraufenthalt im Schloß zu Steglitz genommen hat, ist heute von dort nach Potsdam gefahren und hat daselbst den hohen Herrschaften seine Besuche gemacht. Der Baron v. Reichenstein, welcher gegenwärtig den hannoverschen Gesandten hier vertritt, ist heute Morgen nach Baden-Baden abgereist, wohin jetzt viele Personen reisen, um dort die regierenden Fürsten sehen zu können, die daselbst zum Kongress versammelt sind. Der Minister v. Schleinitz wird, wie ich höre, am Dienstag nach Baden abreisen, einige Tage daselbst verweilen und dann in ein anderes deutsches Bad gehen. Dem Vernehmen nach wird der Prinz-Regent am Johannis-tage in Karlsruhe anwesend sein und wahrscheinlich daselbst der Festlichkeit in der Loge beiwohnen. — Der Herzog von Ossuna ist heute Morgen nach Paris abgereist, während sich die Fürstin Mathilde Radziwill mit ihren Kindern nach Teplitz begeben hat. Der

Herzog wird aber um die Zeit in dem Kurorte eintreffen, wo der Fürst W. Radziwill von Karlsbad dorthin zurückkehrt, und dann soll in der Familie des Fürsten von Clary und Aldringen die Verlobung des Herzogs von Ossuna mit der Prinzessin Mathilde Radziwill gefeiert werden. — Der Prinz Albrecht kommt in nächster Woche von Dresden nach Berlin, um dem hier stattfindenden Wettkennen beizuwollen.

Die Wagen des Bismarck von Egypten, welche in der Fabrik von Lüders in Görlitz gebaut worden sind, haben ihren Weg nach Alexandrien noch nicht angetreten, sondern sind nochmals hieher zurückgeschafft worden, weil gewünscht wird, daß, wie in Dresden, so auch hier eine Militärkommission über die Konstruktion dieser Militär-Transportwagen sich gutachtlich äußere. Bissher haben die Urtheile von Sachverständigen über diese Personen-, Pferde- und Transportwagen für Geschütze nur günstig gelautet. Die ganze Einrichtung ist überaus praktisch und viele Mängel sind beseitigt, welche unsere Eisenbahnwagen an sich tragen. Die Personewagen für Militär enthalten 80 Plätze; die Pferdewagen sind so gebaut, daß die Thüren derselben gleichzeitig als Ein- und Ausladebrücke dienen, und die Transportwagen für Geschütze können mittelst einer Winde bequem von 2 Mann beladen werden. Diese Wagen sind mit dem Namenszuge des Bismarck versehen.

[Zur Stellung der Juden.] In Folge des vom k. Obertribunal gesetzten Beschlusses, wonach auch die nicht etatsmäßig angestellten Gerichtsassessoren als Beisitzer bei Schwurgerichtsverhandlungen fungiren dürfen, hat in diesen Tagen eine Berathung darüber stattgefunden, inwiefern dieser Beschluß auf Assessoren jüdischen Glaubens Anwendung finde. An der Konferenz nahmen Theil der Kammergerichtspräsident v. Strampff, der Stadtgerichtspräsident Holzapfel und der Kreisgerichtsdirektor Odebrecht. Beschlossen wurde, jüdische Assessoren als Beisitzer bei Schwurgerichtsverhandlungen nicht zuzulassen. (B.H.Z.)

[Obertribunalsentscheidungen.] Das Justizministerialblatt enthält ein Erkenntnis des Obertribunals, wonach alle älteren Bestimmungen über die den Verwaltungsbehörden zustehende Polizeigerichtsbarkeit durch die Verfassungsurkunde und die späteren Gesetze derart aufgehoben sind, daß diese Gerichtsbarkeit sich jetzt lediglich in den Händen der Polizeirichter befindet; diese haben daher auch z. B. bei Zuwidderhandlungen gegen die Vorschriften über das Verfahren zur Herbeischaffung der Pferde bei eintretender Mobilisierung zu erkennt. Ein anderes Erkenntnis derselben Gerichtshöfe spricht sich dahin aus, daß die bei den Kreisgerichten mit beschranktem Stimmberechtigten Assessoren jetzt vollkommen qualifiziert sind, um als Mitglieder eines Schwurgerichtshofes zu fungieren, und daß bei rückfälligen Verbrechen die Strafe des Rückfalls nur alsdann eintreten darf, wenn die That, wegen welcher die Vorbestrafung erfolgte, früher als die jetzt vorliegende That verübt worden ist. Ferner hat das Obertribunal fürglich den Grundzusatz ausgesprochen, daß es den Beijagen öffentlicher Lotterie freiste, den ihnen nicht konveniente Gästen den Zutritt zu verweigern resp. dieselben zu entfernen. Endlich hat das Plenum des Kriminalsenats des Obertribunals am 11. Juni die für die Presse überaus wichtige Frage: „Ob den sogenannten Beschlagnahme-Intressenten gegen die Vernichtung einer Druckschrift ausprechende Erkenntnis erster resp. zweiter Instanz die Rechtsmittel der Appellation resp. der Nichtigkeitsbeschwerde zuwischen?“ bejaht und demgemäß ein Erkenntnis vom Kammergericht gegen den Buchhändler Franz Dünker gefällt, vernichtet.

[Zur Statistik Berlins.] Die letzte Nummer der „Mitteilungen des statistischen Bureau's“ gibt sehr interessante Nachrichten über die Veränderung der körperlichen Beschaffenheit der Berliner Bevölkerung in neuerer Zeit, wie sie sich bei der Prüfung der Militärtüchtigkeit herausgestellt hat. Als Ursachen werden angeführt: das enorme Anwachsen der Bevölkerung Berlins in neuester Zeit; der verschlechterte moralische Zustand des Familienlebens; die wachsende Verarmung der niederen Volksklassen; der sich herausbildende Charakter als Fabrikstadt; die Nahrungsverhältnisse der arbeitenden Klassen und die fortwährende Preissteigerung der nothwendigsten Lebensmittel und endlich die Wohnungsnöthe der ärmeren Klassen und die Steigerung der Mietpreise innerhalb der letzten 30 Jahre. Was zunächst die wachsende Bevölkerung betrifft, so ist dieselbe seit 30 Jahren (seit 1828—1859) von 236,880 Seelen auf 466,423 gestiegen, also ca. 99 Proz. oder jährlich um 3,200 Proz., während in derselben Zeit die Bevölkerung von Petersburg sich nur um etwa ein Siebentel, die von Paris um ein Drittel, die von London und Wien um etwa drei Siebentel des früheren Bestandes vermehrt hat. Für das Sinnen der Moralität und des geordneten Familienstandes ist die zunehmende Zahl der unehelichen Geburten ein Beweis. Vor 20 Jahren noch war etwa die zehnte und erste Geburt eine uneheliche, jetzt ist in Berlin fast die sechste ($6_{\text{--}}^{10}$) eine solche. Die Zahl der im Jahre 1859 getauften unehelichen evangelischen Kinder betrug 2641. In der Provinz Westfalen, z. B. im Münsterland, ist erst das 44. Kind ein uneheliches. Von der wachsenden Zahl der Freudenmädchen wollen wir gar nicht reden, die Unzucht überfließt Berlin. In die zunehmende Verarmung der unteren Volksklassen gibt das steigende Armenbudget einen Einblick. Dasselbe betrug schon im Jahre 1853 die enorme Summe von 625,889 Thlr. und verhält sich zu dem Armenbudget von Paris wie 1 zu 2,41, während die Bevölkerung beider Hauptstädte sich wie 1 zu 2,200 verhält. Im Jahre 1847 kamen unter 1000 Fabrikarbeitern des preußischen Staates allein auf Berlin 40, während von der Gesamtbevölkerung von je 1000 Einwohnern auf Berlin nur 25, zu rechnen waren. Nirgends im preußischen Staate findet in dem Umfange wie in Berlin unerwachsene Kinder beschäftigt. Währing 1847 im ganzen preußischen Staat von tausend 8—14jährigen Kindern nur 13 überhaupt in Fabrik anlagen beschäftigt wurden, war das Verhältniß in Berlin schon 32 vom Tausend. Dies Verhältniß hat sich durch die wachsende Zahl der Fabriken seitdem bedeutend gesteigert. Außerdem besitzt Berlin von allen Gewerbetreibenden, die erfahrungsmäßig die schwächlichsten sind, allein ein Viertel. Im Jahre 1836 betrug der Durchschnittsconsum an Fleisch jährlich 105 Pf. pr. Kopf, 1855 bereits nur 73 Pf., während die Zahl der konsumirenden Menschen sich enorm vermehrt hat, also dies Verhältniß noch mehr herabdrückt. Die Preise aller Konsumtibilien sind seit 20 Jahren um fast das Doppelte gestiegen; die Mietpreise sind seit 20 Jahren um fünfzig und mehr Prozent in die Höhe gegangen, denn 1841 betrug der Mietswert aller Wohnungen 6,316,042 Thlr., im Jahre 1855 9,316,052 Thlr. Rämentlich aber fällt der Druck auf die kleinen, so daß schon 1850 ein Mietswert von 554,424 Thlr. wegen Armut der Bewohner unbefriedigt bleiben mußte, und die Mietzummenreise von Jahr zu Jahr um viele Tausende wachsen. Das sind doch alles Thatsachen, vor deren sozialer Drohung man die Augen nicht schließen darf.

[Die Juden in Deutschland.] Es leben nach statistischen Erhebungen in Anhalt-Dessau-Köthen 1870 Juden; in Anhalt-Bernburg 880; Ostpreußen 892,877; Baden 23,699; Bayern 56,033; Braunschweig 1600; Frankfurt 5000; Hamburg 8000; Hannover 11,562; Hessen-Kassel 9000; Hessen-Darmstadt 28,734; Hessen-Homburg 1200; Lübeck 500; Mecklenburg-Schwerin 3106; Mecklenburg-Strelitz 1000; Nassau 7013; Oldenburg 1471; Preußen 234,248; Neubj. 400; Königreich Sachsen 970; Sachsen-Meiningen 16,68; Sachsen-Weimar 1430; Sachsen-Koburg-Gotha 1320; Schwarzburg-Rudolstadt 190; Schwarzburg-Sondershausen 213; Waldeck 550; Württemberg 11,974. In Summa gäbe es also jetzt in Deutschland 1,306,508 Juden. Im Jahre 1839 gab es in ganz Ostpreußen nicht mehr als 1/2 Million Juden, nun in Preußen tausend 200,000. In Rußland müßten wenigstens 2 Mal so viel sein als in Deutschland. Man wird ihre Zahl nicht zu hoch anschlagen, wenn man sie überhaupt auf 10 bis 12 Millionen schätzt. (R. P. Z.)

[Statistik der Eisenbahnunfälle.] Nach den genauesten Nachforschungen hat es sich herausgestellt, daß seit der Einführung der Eisenbahnen in Frankreich unter 2 Millionen Reisenden ein Einzelner getötet und unter 500,000 ein Einzelner verwundet worden ist, dagegen wurde, als die Postwagen noch im Gange waren, unter 256,000 Reisenden einer getötet, und unter 30,000 einer verwundet. In Belgien ist unter 9 Millionen Reisenden einer getötet, und unter 2 Millionen einer verwundet worden. In Preußen und Großherzogthum Baden hat sich unter 17½ Millionen ein Todesfall und unter 1,200,000 eine erhebliche Verlezung gefunden. In England war im Jahre 1858, die Eisenbahnbeamten und Arbeiter nicht mitgerechnet, unter 15½ Millionen Reisenden einer getötet; es waren nämlich im Jahre 1858 auf allen

Eisenbahnen von Großbritannien und Island 139,193,699 Reisende gefahren. Von diesen waren 26 getötet und 445 mehr oder weniger verwundet und verlegt durch Zusammenstoßen von Wagen und andere Zufälle, so daß unter 5 Millionen Reisenden 1 Todesfall und unter 300,000 eine Verlezung vorkam. Unter den erwähnten 26 Todesfällen waren ab 17 und unter den 445 Verleuzungen 52 von den Beamten und Arbeitern der Eisenbahn, wodurch die Todesfälle sich für das Jahr auf einen unter 15½ Millionen reduzieren.

Breslau, 15. Juni. [Hagelunwetter.] Über das große Hagelunwetter, von welchem am 10. d. ein Theil des Görlitzer Kreises heimgesucht wurde, meldet der „G. Anz.“ aus Rauscha: Der 10. d. M. war für uns, wie für Mittel- und Nieder-Neuhammer, Stenker, Schnellfürthel und Neuhaus ein Schreckenstag. Schon am frühen Morgen zogen sich gewitterschwere Wolken über der Abendseite des Waldes zusammen, die sich Nachmittags 4 Uhr unter heftigem Sturmwinde mit einem furchtbaren Hagelschlag entluden und in einer Viertelstunde alle unsere schönen Ernteaussichten total vernichteten. Der Hagel fiel in der Größe eines Hühnereies bis 7 Zoll Schwere, und selbst die kleinsten waren noch von der Größe eines Taubeneies und waren am andern Morgen noch nicht alle geschmolzen. Sämtliche Fenster wurden zertrümert, die Kornfelder größtentheils dem Erdboden gleich gemacht, die Obstbäume entblättert und ihrer Früchte beraubt, in den Gärten Alles verwüstet, und selbst viele Vögel wurden am andern Morgen tot aufgefunden. Die Mehrzahl der Landleute erntet wenig oder nichts ein, und eine große Anzahl Felder müssen abgemäht und neu bestellt werden. Leider sind nur Wenige versichert, weil dieselben seit mehr als 20 Jahren versichert waren und nie Hagelschlag erlitten hatten; Vieilen aber fehlte in Folge der beiden vorangegangenen Missernten selbst das nötige Geld zur Versicherung. Der Verlust ist kaum zu schätzen und unsere ohnehin arme Gegend wird lange Jahre an den traurigen Folgen zu leiden haben. (Schl. Z.)

Danzig, 14. Juni. [Marine.] Die Korvette „Amazon“ welche vorgestern Abend von einer Kreuzfahrt an der pommerischen Küste auf die Rhede zurückgekehrt ist, erwartet neue Orders. (D. D.)

Düren, 13. Juni. [Schafraude.] Eine durch den Kreishierarzt vorgenommene Untersuchung hat herausgestellt, daß die Schafherden der hiesigen Stadt und in Frauwüllsheim im höchsten Grade von der Räude (Kräze) angesteckt sind. Seitens der Behörde sind sofort die geeigneten Maßregeln angeordnet worden, um eine Weiterverbreitung dieser Krankheit zu verhindern.

Kolberg, 14. Juni. [Die Badesaison] fängt bereits an, sich bemerkbar zu machen. Die freundlichen Häuser auf der Mündung haben durch neuen Delanstrich ein noch freundlicheres Aussehen gewonnen; die vielfachen Promenaden, sämtlich in der unmittelbaren Nähe der See, sind gereinigt und erweitert; das neue Gesellschaftshaus ist auf das Geschmackvollste und Komfortabelste eingerichtet; auch das alte Gesellschaftshaus ist erneuert und zur Aufnahme von Badegästen geeignet. Die erste Badesaison ist bereits eröffnet. In der See wird freilich jetzt noch nicht gebadet, desto fleißiger aber wird das Soolbad des Dr. Behrend benutzt. Dasselbe ist so geschmackvoll und komfortabel eingerichtet, daß in der That kaum mehr etwas zu wünschen übrig bleibt. Die Badezellen sind 8' breit, 12' tief und 11' hoch, mit großen Fenstern und hohen Thüren versehen. Neben allen 25 Badezessins befinden sich Brausen und Douchen. Wo es nothwendig ist, einen sehr kräftigen Duschestrahl anzuwenden, wird eine sehr kräftig wirkende Druckpumpe gebraucht. Die Wäsche wird warm gereicht. Vor der Zellenreihe ist ein wohl ausgestatteter und bedeckter Säulengang aufgebaut; derselbe kann bei ungünstiger Witterung als Wandgang für Brunnengäste benutzt werden, während bei günstiger Witterung der geräumige freundliche Garten dazu dient. Es ist in der Anstalt auch die Einrichtung getroffen, daß die Soolbäder sowohl rein als auch mit süßem Wasser je nach Vorschrift verdünnt oder mit Mutterlauge gemischt werden können. Es werden außerdem Kräuter-, Malz-, Schwefel-, Eisen-rc. und Wasserkleie-rc. Bäder verabreicht. Wie es den Anschein gewinnt, so wird die Badesaison in diesem Jahre eine recht lebhafte sein, da der größte Theil der Quartiere bereits wenigstens für die erste Hälfte der Badezeit, vermiethet ist. (St. Z.)

Münster, 14. Juni. [Akademie.] Die Zahl der Dozenten an der hiesigen theologischen und philosophischen Akademie hat sich seit vorigem Winter wieder um 2 vermehrt, und zwar hat sich Dr. Nitze aus Schlesien unlängst für Botanik und Dr. Reinke aus Oldenburg für orientalische Sprachen und Literatur in der philosophischen Fakultät habilitirt. Die Zahl der Studirenden, welche bekanntlich auf sämtlichen Universitäten (durch Abgang im Laufe des Winters ohne entsprechenden Zugang um Ostern) im Sommer kleiner als im Winter ist, beträgt 480 gegen 527 im verflossenen Wintersemester, jedoch immer noch mehr, als in irgend einem früheren Sommersemester. (W. M.)

Ruhrort, 12. Juni. [Unglücksfall.] Bei der im Bau begriffenen Ruhr-Sieg-Eisenbahn hat sich leider gestern bei Werbühl unweit Altena ein Unglücksfall ereignet. Über eine leichte Brücke sollte eine beim Baggern nötige Pumpe gebracht werden; es sammelten sich dabei von beiden Seiten zu viel Leute, so daß plötzlich die Brücke zusammenbrach, und etwa 17 Arbeiter in die Wellen sanken. Die Meisten wurden zwar gerettet; doch sind bis jetzt bereits 4 Leichen aufgefunden. Vermisst werden 5 Personen, jedoch läßt sich die Zahl der Ertrunkenen noch nicht angeben, da der Aufseher, der gerade auf der Brücke beschäftigt war, die Arbeiter zu retten, selbst zu den Bernglückten gehört, und sein Notizbuch noch nicht wieder aufgefunden ist. (E. Z.)

Stettin, 14. Juni. [Die neue russische Anleihe] ist, wie die „Ostl. Z.“ hört, zu 4½ Proz. mit Baring Brothers in London und Hope in Amsterdam im Betrage von 10 Mill. Pfds. St. abgeschlossen.

Oestreich. Wien, 14. Juni. [Verhandlungen des Reichsraths; Tagessnotizen.] Das Finanz-Komité des Reichsraths hat den Grafen Mercadin zu seinem Präsidenten gewählt und in der Sitzung vom 9. Juni in der Frage: ob allso gleich zur Entscheidung der leitenden Grundsätze eines möglichst wohlfeilen und alle Klassen der Bevölkerung zufriedenstellenden Verwaltungssystems geschritten werden soll, oder ob diese Berathung erst nach Prüfung des ganzen Budgets Platz greifen möge, sich für die letztere Ansicht erklärt und den 1. M. zum Unterkomitee gewählt. Eines für die Ministerien des Innern, der Justiz und des Kultus,

das 2e für das Ministerium der Finanzen, das 3e für die Militärauslagen, das 4te für die Kosten des Hofstaates, des Ministeriums des Außen, der Rechnungsbehörden, der Polizei, das 5te für die Einnahmen. Nachdem die Komité-Sitzungen längere Zeit erheissen werden, hat der Erzherzog-Reichsraths-Präsident den in den Komité's nicht beschäftigten Reichsräthen einen Urlaub von vierzehn Tagen ertheilt. — Baron Seebach, der hier aus Paris eingetroffene sächsische Gesandte, hat im Laufe des heutigen Tages Sr. Excellenz dem Ministerpräsidenten Grafen Rechberg, dem sächsischen Gesandten Baron Konnerig und A. m. Besuche abgestattet.

— Einige flüchtige fürstliche Familien aus Neapel werden demnächst hier anlangen. Für dieselben sind in einem hiesigen Hotel bereits Wohnungen bestellt. — Zwei Transporte irlandischer Freiwilliger, 90 und 60 Köpfe stark, sind hier durchgezogen. Wie es heißt, soll noch in dieser Woche ein Transport bei 480 Köpfen stark von solchen Freiwilligen für die päpstliche Armee hier durchmarschieren, die unter den irlandischen Ansiedlern in Hindernien angeworben und vor Kurzem nach Irland transportiert wurden. Derlei Transporte nehmen in Wien keinen Aufenthalt, sondern gehen stets von der Nordbahn mittelst Verbindungsbaahn auf die Südbahn zur Weiterbeförderung. — In den letzten Tagen waren einige jüdische Missionäre aus Jerusalem zu Wien anwesend, um hier wie andernorts bei ihren Glaubensgenossen eine Sammlung von Geldbeiträgen zu veranstalten, mit Hülfe deren es möglich werden soll, den jüdischen Tempel in Jerusalem, welchen die dortige Judentgemeinde in ihrer Noth für eine Anleihe verpfändet hat, von der darauf lastenden Last und der Gefahr, verkauft zu werden, zu befreien. Wie man der „Ostd. Post“ versichert, haben die Sendlinge überall eine gute Aufnahme gefunden, und ihre Mission darf schon jetzt als geglückt angesehen werden. Um die Möglichkeit zu verhüten, daß die Juden Jerusalems wieder einmal im Augenblick der Noth ihren Tempel verpfänden, hat man das Auskunftsmitte gewählt, daß jeder zur diesmaligen Sammlung Beitragende für den Betrag seiner Spende eine Aktie auf den Jerusalemer Tempel erhält, welche ihm statt Zinsen und Dividenden nur die Verhüting gewähren soll, daß der Tempel in der jüdischen Königsstadt auch im Grundbuche für ewige Zeiten rein erhalten bleibt. — Der verdienstvolle hiesige Kaufmann Joseph Wertheimer, einer der Vorsteher der hiesigen israelitischen Gemeinde, Gründer der israelitischen Kleinkinderbewahranstalt, des Handwerkervereins u. s. w., hat das Ritterkreuz des Franz Josephs-Ordens erhalten. — Ein im Mauthgebäude fungirender Beamter der Nordbahn hat ein Kaschendefizit von etwa 20,000 fl. gemacht. Derselbe soll durch mehrere Jahre den verübten Betrug durch Buchführungsmanöver zu beklagen verstanden haben. Er war mit 1500 fl. besoldet, hatte ein Vermögen von 20,000 fl. ist verheiratet und hat vier unmündige Kinder. — Der Redaktion des „Pestl Hirnök“ wurde von der Behörde wegen eines auf Sizilien Bezug habenden Artikels die erste schriftliche Verwarnung ertheilt. — Wie aus Pesth gemeldet wird, fuhr Graf Sandor am 5. d. von Gran mit seinem Leibarzt und Kammerdiener in einen vierzähnigem Wagen fort. Eine halbe Stunde von Gran brach das Hagelwetter los, die Pferde wurden scheu, der Kutscher ward vom Bock geschleudert und nicht unbedingt verlegt. Der Graf und seine Begleiter sprangen aus dem Wagen und blieben unversehrt; im selben Augenblicke schlug der Blitz in die Pferde, die sogleich tot liegen blieben.

[Der Fürstentag in Baden.] Das politische Ereignis des Tages ist noch immer die Zusammenkunft Napoleon's mit dem Prinz-Regenten von Preußen und wahrscheinlich noch anderen deutschen Fürsten. Da es an aller bestimmten Kenntniß der Absichten Napoleon's bei diesem Deutschland mit Hartnäckigkeit aufgedrungenen Besuch fehlt, so hat die Konjunktur den weitesten Spielraum. Ich habe früher bemerkt, man glaube, es sei darauf abgesehen, Preußen von Oestreich hinsichtlich der orientalischen Politik zu trennen und damit gleichzeitig in zweiter Linie einer Angleichung der die deutschen Bundesstaaten trennenden Zwiespalte aufzurütteln. Es bedarf allerdings nur mäßiger Staatsflugheit, um zu erkennen, daß jedes Zusammengehen der beiden Großstaaten Deutschlands in einer großen Frage die Einigung über Fragen von untergeordneter Bedeutung theils erleichtert, theils bedingt. Dem französischen Herrscher wird diese Erkenntniß nicht entgangen sein, und die Vermuthung, daß sein Besuch darauf rechnet sein möchte, Keime für Aufrethaltung der in Deutschland bestehenden Spaltungen auszustreuen, daher nicht unberechtigt. Das Vertrauen auf den Charakter des Monarchen, der an der Spitze der zweiten Großmacht in Deutschland steht, ist allerdings eine Gewähr dafür, daß die Bestrebungen Napoleon's auf ein Entgegenkommen nicht Rechnung machen dürfen; die Arglist des Napoleon's aber und die bannende Macht seiner Persönlichkeit über Alle, die er in seine Kreise zu ziehen weiß, dürfen indeß nicht gering angeschlagen werden. In nur scheinbarem Widerpruch mit dieser Deutung der Absichten des französischen Herrschers steht eine andre Auffassung. Man sagt, die Zusammenkunft in Baden-Baden sei von England veranlaßt. England kann allerdings nicht das Interesse haben, Oestreich in den orientalischen Angelegenheiten zu isoliren und Preußen in die Arme Frankreichs zu locken. Man übersehe indeß nicht den Unterschied zwischen England und Palmerston. Die Politik des Letzteren hat ihre eigenen Wege und wird durch Beweggründe geleitet, die nur noch für Diejenigen Geheimniß sind, die sie nicht erkennen wollen. Ein Gedanke, der Palmerston seit der Beendigung des italienischen Krieges nicht verlassen hat, ist die Vertreibung Oestreichs aus Venetien und Südtirol. Wenn man in London so gut wie in Paris weiß, daß Preußen entschlossen war, für Oestreich einzutreten, als der jähre Friedensschluß diesen Entschluß durchkreuzte, so wird man sich auch nicht verhehlen können, daß ein Angriff auf den letzten Rest des österreichischen Besitzes in Italien die deutschen Bundesgenossen des Kaiserstaates zu den Waffen rufen würde. Für diese Eventualität wäre es geboten, Preußen an die napoleonisch-palmerstonische Politik zu fesseln, um Oestreich in einem Kampfe allein zu lassen, dessen Ausgang dann nach allem seit Jahresfrist auf der Halbinsel Erleben nicht mehr zweifelhaft sein kann. (B.H.Z.)

[Die Zusammenkunft in Baden] wird hier gerade nicht gern gesehen, da man Angst vor dem Napoleonismus gern zur Leidenden Idee der preußischen Politik erheben möchte. Doch sind die Verdächtigungen gegen Preußen, welche ein hiesiges Blatt an diese Zusammenkunft knüpft, zu thören, um einer Widerlegung zu bedürfen. Vollands geschickt ist es, wie die „Allg. Stg.“

Warnungen erschallen läßt und um den „patriotischen Ruf“ der deutschen Fürsten besorgt ist. Weder Fürst noch Volk in Deutschland haben etwaigen Verlockungen Frankreichs gegenüber eine Schildwache nötig.

Hannover. 13. Juni. [Graf Borries und die englische Gesandtschaft.] Der englische Gesandte hat der Regierung angezeigt, daß er bereit sei, von dem bekannten Miethkontrakte zurückzutreten. Graf Borries zeigte dies heute in der Zweiten Kammer selbst an, zum Beweise, wie nötig es sei, in dergleichen Dingen mit möglichster Zurückhaltung zu verfahren. Allein wer anders zog denn den englischen Gesandten in die öffentliche Verhandlung, als Graf Borries? Heute beschuldigte er nun die Presse, seiner Aeußerung eine Deutung gegeben zu haben, die ihm nicht in den Sinn gekommen sei, und er wiederholte sie genau, wie er sie das erste Mal gab, und zwar dahin, eine solche Rücksichtslosigkeit, wie die Lösung von Verträgen, würde jede Privatperson, vollends aber einen Gesandten verlegen, das gute Einvernehmen mit dessen Regierung leicht trüben und das Interesse des Landes am wenigsten in dem Augenblitke fördern, wo finanzielle Verhandlungen von Wichtigkeit gepflogen würden. Die Regierung hat, wie der Minister hinzufügte, das Erbieten des Herrn Gesandten nicht angenommen. Wiederholte Versuche, den ablehnenden Besluß der Zweiten Kammer, mit dem diese Sache zusammenhängt, rückgängig zu machen, scheiterten. (K. 3.)

— [Entziehung des Postdebit.] Der „Kölner 3.“ ist wegen ihres „Graf Borries“ überschriebenen Leitartikels durch Ministerialverfügung der Postdebit für das Königreich vom 1. Juli ab entzogen worden.

Hannover. 14. Juni. [Demonti.] Die „R. Hann. 3.“ bringt eine offiziöse Widerlegung des von der „Bes. Btg.“ verbreiteten Gerüchtes von dem bevorstehenden Rücktritte des Grafen Borries, wie folgt: „Das Aussprengen solcher Nachrichten, welche wir als völlig erfunden erklären können, charakterisiert deutlich das Bestreben der demokratischen Partei, das Vertrauen in die Regierung zu erschüttern und die Zustände im Königreich als schwankende und unsichere darzustellen. Derartige Mittel sind aber in der letzten Zeit so vielfach gebraucht, daß sie hoffentlich bei allen Einfühligen ihren Zweck verfehlten werden.“

Sachsen. Leipzig, 13. Juni. [Untersuchung wegen Unterzeichnung der Heidelberger Erklärung.] Bekanntlich hat die Kreisdirektion diejenigen Mitglieder des Stadtraths, welche die gegen v. Borries gerichtete Heidelberger Erklärung unterzeichneten, zur Verantwortung gezogen. In dieser Sache heißt nun die „D. A. 3.“ weiter mit: „Die Kreisdirektion hat dem Stadtrath aufgegeben, den Bürgermeister Koch und die vier Stadträthe, die Herren Bering, Eichorius, Lorenz und Reichenbach, zu der Erklärung zu veranlassen, wie sie ihr Verhalten mit der nach §. 178 der Städteordnung ihnen auferlegten Pflicht, wonach sie unter Anderem auch Organe der Staatsgewalt seien, zu vereinbaren vermöchten. Was den Bürgermeister Koch betrifft, so ist von ihm in Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand vor der Hand abgesehen worden, die vier Stadträthe haben aber erklärt, daß sie selbstverständlich die Heidelberger Erklärung, deren Inhalt sie übrigens als berechtigt anerkennen, nicht in ihrer amtlichen Eigenschaft unterzeichnet haben, daß das beigefügte Wort Stadtrath eben nur den Titel bezeichne, unter dem sie bekannt seien, und daß sie in dem fraglichen Schriftstück auch durchaus nichts finden könnten, was gegen die sächsischen Gesetze verstöße. Auch von anderen Beamten, die wegen ihrer Unterschrift der Heidelberger Erklärung zur Verantwortung gezogen sein sollen, ist die Rede; wir hören in dieser Beziehung, daß dies vorläufig nur bei einem hiesigen Geistlichen der Fall sei. Soll es denn aber einem Geistlichen, der alle Sonntage von der Kanzel herab Fürbitte für das Wohl des gesammten deutschen Vaterlandes thun muß, nicht gestattet sein, auch persönlich ein Gefühl für dieses Vaterland zu hegen, und ist es eine einem Geistlichen nicht zustehende „Parteidemonstration“, wenn er einem solchen Gefühl in einer Angelegenheit Ausdruck verleiht, die die Entrüstung eines jeden Patrioten wach gerufen hat? Schließlich nun wir noch eines Gerüchts Erwähnung, wonach es in Absicht liege, den Stadtrath (oder nur die unterzeichneten Stadträthe?) zu suspendiren, die Stadtverordnetenversammlung aber aufzulösen, und bringt dies mit den bevorstehenden Landtagswahlen in Verbindung. Die Sache klingt aber zu ungeheuerlich, als daß wir ein Gewicht darauf legen möchten.“

Leipzig. 14. Juni. [Falschmünzer.] Die Untersuchung gegen die Falschmünzer in Annaberg ist dadurch weitergeschritten, daß die Angeklagten Geständnisse gemacht haben, in Folge deren Stanzen (Münzstempel) aufgefunden worden sind. Es steht nun mehr fest, daß falsche preußische Drittthaleralstücke mit den Jahren 1771, 1772, 1773, 1774 und mit dem Prägezeichen A angesetzt worden sind. Die Fälscher wollen nur 2950 Stück davon gemacht und ausgegeben haben, und es sind bis jetzt sogar nur 200 Stück an das Bezirksgericht Annaberg eingeliefert worden, während 90 dergleichen bei den königlich preußischen Münzstätte vernichtet worden sind; da die Falschmünzer aber 194 Pfd. 4 Etl. Argentan verarbeitet haben, so läßt dies auf eine Anzahl von 6 — 9000 Stück Münzen schließen, und der Umfang der Anfertigung ist somit noch nicht sicher festgestellt. Die Untersuchungsbehörde fordert daher neuerdings Publikum und Behörden wiederholt zu Mittheilungen über etwa vorgekommene derartige Münzen, resp. Gintferung der Münzen auf, deren in allen Theilen Sachsen, in Böhmen, in der preußischen Provinz Sachsen und Brandenburg, namentlich auch in Berlin vorgekommen sind. Als Erkennungszeichen der Falsifizate ist zu bemerken, daß sie aus Argentan gefertigt, auf kaltem Wege nur schwach versilbert und in Gravirung und Gepräge, besonders bezüglich des Bildnisses des Königs, unvollkommen sind. (D. A. 3.)

Baden. Karlsruhe, 14. Juni. [Die Gesetzentwürfe zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse.] Die „Karls. Btg.“ veröffentlicht die Begründungen zu den sechs Gesetzentwürfen, betreffend die Regelung der kirchlichen Frage. Die Motive stellen sich auf die Basis der in der Großherzoglichen Proklamation niedergelegten Grundsätze und bahnhen sich durch eine Darstellung und Kritik der Stellung der kirchlichen Gemeinschaften im Staate nach der bisherigen Gesetzgebung den Weg zu dem historischen Punkte, auf welchem eine neue Regelung angezeigt

In der Ausführung wird von dem geschichtlich gewordenen Verhältnis der „christlichen Kirchen“ und des Staates, wonach die Kirchen wesentlich als öffentliche Korporationen erscheinen, ausgegangen, das gegenseitige Neinandergrenzen der beiderseitigen Gebiete aufgezeigt, die konfessionelle Natur des modernen Staats berührt, und hierauf der Kampf der Kirchen und des Staats um das Übergewicht geschildert. Die Unabhängigkeit- und Machtbestrebungen der Kirchen werden von der Zeitströmung des Jahres 1848 und den Grundrechten dargestellt, und es wird zugegeben, daß seitdem eine „vollständige Umänderung des seitlichen Prinzip“ eingetreten sei, wodurch notwendigerweise Änderungen in der gesetzlichen Stellung der „bevorzugten Kirchen“ haben herbeigeführt werden müssen; dabei aber der katholischen Kirche gegenüber bemerkt, daß sie nur die vortheilhaftesten (durch 1848 angeregten Prinzipien) vertheidigt, die nachtheiligen dagegen bei Seite gesetzt habe. Als Grundgedanke der neuen Entwürfe wird folgender Satz aufgestellt: „Es läßt sich schlechthin behaupten, daß kein Staat die volle Freiheit und Selbständigkeit der Kirchen mit den Bevorzugungen, welche ihnen heutzutage noch als Folge geschichtlicher Entwicklungen eingeräumt sind, abgeben kann, ohne dem eigenen Welen des Staats zu nahe zu treten. Dagegen läßt sich den berechtigten Ansprüchen der Kirchen gegen eine Bevorzugung durch den Staat in dem Grunde mehr Rechnung tragen, in welchem die Gesetzgebung, ohne daß der Staat die Verbindung mit der Kirche als eine für beide Theile gleich hochwichtige aufgibt, doch die Berührungspunkte mindert, die ohne Nothwendigkeit und nur unter der Gefahr häufigen Konflikts zwischen Kirche und Staat bestehen. Indem er sich damit sein Gebiet sichert, ist er verpflichtet und in der Lage, den Kirchen selbst freie Hand in ihren Angelegenheiten zu geben.“ In diesem Sinne wird fortgeführt, spreche der Entwurf, „ohne engherzig und übermäßig ängstlich“ zu sein, den Grundzusatz aus, daß die beiden großen Kirchengemeinschaften in Zukunft ihre Angelegenheiten frei und selbständig verwalten sollen. Dazu gehören insbesondere Gewährleistung des Rechts der öffentlichen Gottesverehrung in allen, auch den sogenannten ungemeindeten Gemeinden des Landes. In diesem Zusammenhange wird auch die Frage von der Gewissensfreiheit beigezogen. Dieselbe, heißt es, müsse um so mehr gelöst werden, als der Staat jetzt nur noch Übergriffe der Kirchen auf staatliche Beziehungen seiner Angehörigen abwehren könne. Es könne also der bisherige (staatspolizeiliche) Kirchenzwang, um den Einzelnen in der Mitgliedschaft zu erhalten, nicht mehr fortbestehen. Darüber heißt es weiter: „Wenn auch kein Grund vorlag, so weit vorzugehen, wie dies die deutschen Grundrechte thaten, so lag doch aller Grund vor, dem Art. 18 der B. II. diejenige Anwendung zu sichern, welche ohnehin schon in seinen Worten gelegen ist, um keiner religiösen Überzeugung mehr von Staats wegen hemmend in den Weg zu treten, welche den Staatsgesetzen und der Sittlichkeit nicht entgegen ist, also insbesondere nicht etwa bloß zum Deckmantel solcher anderen Zwecke dient, welche das Staatswohl gefährden könnten.“ Hinsichtlich „neuer religiöser Vereine“ wird in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Vorigen bemerkt, daß solche, dadurch weder das Recht öffentlicher Gottesverehrung, noch das Recht von Corporationen, sondern nur das „freier gemeinschaftlicher Gottesverehrung“ erlangen und im Übrigen den rein privatrechtlichen Charakter von Gesellschaften behalten, während dagegen „unter diesen Umständen“ den beiden christlichen Konfessionen, „zu denen weitaus der größte Theil der Staatsangehörigen zählt“, eine bedeutende Bevorzugung eingeräumt werde. Was die Regierung von den neuen Entwürfen sich für einen Erfolg verpricht, das wird in den beiden folgenden Sätzen ausgesprochen: „Durch diese Gesetzgebung hofft die großherzogl. Staatsregierung, indem sie auf der einen Seite den Kirchen eine freie und ihrer hohen Aufgabe würdige Stellung verleiht und sie in allen rein kirchlichen Dingen vom Staatsinflusse befreit, zugleich den Staat in die Lage geetzt zu haben, seine eigene Stellung mit Kraft gegen solche Verirrungen zu wahren, welche das Recht der Krone antasten oder die Ruhe des Staates, die Gewissen der Staatsangehörigen oder den Frieden der Konfessionen stören könnten. Die katholische Kirche insbesondere wird nach der Überzeugung der großherzogl. Staatsregierung dadurch in den vollen Besitz dessen gesetzt, was die allerhöchste Proklamation vom 7. April d. J. ihr verleiht, und selbst diejenigen, welche den Obern der katholischen Kirche, den möglichsten Gewaltumfang vindizieren, werden zum wenigsten keinen gerechten Grund zur Beschwerde darüber haben, daß die Konvention mit dem päpstlichen Stuhle vom 28. Juni v. J. von der Staatsregierung nicht in Vollzug geetzt wird, nachdem ihre Rechtsgültigkeit durch die Beschlüsse beider Kammern bestritten worden ist.“ Hiermit schließt der Theil der Motive, der als Einleitung des Ganzen betrachtet werden kann, und es folgt die Begründung der einzelnen Bestimmungen der verschiedenen Entwürfe in eingehender Behandlung.

Baden-Baden. 15. Juni. [Die Fürstenkonferenz.] Obgleich der offizielle Empfang während der Reise abgeagt war, wurde Se. K. H. der Prinz-Regent durch fortwährende Beweise herzlicher Theilnahme der Bevölkerung begrüßt. Se. K. Hoheit verliehen am gestrigen Tage zu Frankfurt den allgemeinen Eisenbahnbauzug, trafen mit Extrazug um 7½ Uhr in Baden-Baden ein, und haben im Meßmerschen Privathause Wohnung genommen. Der Großherzog von Weimar, der bereits vorgestern in Baden-Baden eingetroffen war, begrüßte den Prinz-Regenten bei der Ankunft auf dem Eisenbahnhofe. Der König von Bayern, bereits am 12. d. hier eingetroffen, hat Wohnung im Englischen Hof genommen. Der König von Sachsen, der König von Hannover und der König von Württemberg werden im Laufe des heutigen Tages erwartet. Der Kaiser Napoleon wird heute Abend hier eintreffen. Heute werden bereits Befredigungen mit den deutschen Fürsten stattfinden. — Gute Verhandlungen zu folge wollte Se. K. Hoheit der Prinz-Regent von der früher verabredeten Anwesenheit der Könige von Bayern und Württemberg Gelegenheit nehmen, höchst seine Zusammensetzung mit dem Kaiser Napoleon in Gegenwart der genannten Fürsten stattfinden zu lassen. Der König von Hannover sagte bei seiner vorgestrigen Anwesenheit in Berlin seinen Besuch für Baden-Baden aus freien Stücken an, worauf der Prinz-Regent dem Könige von Sachsen von der Anwesenheit der drei anderen Könige Nachricht gab. (Tel.)

Mannheim. 13. Juni. [Ehrenbürgerrrecht.] Die hiesige Gemeindebehörde hat in ihrer vorgestrigen Sitzung durch einstimmigen Beschuß dem Staatsminister Dr. Stabel das Ehrenbürgerrrecht verliehen. (M. 3.)

Durlach. 13. Juni. [Beschlüsse der Protestantenkongregation.] Auf der hiesigen Protestantenkongregation wurden folgende 10 Thesen beschlossen:

1) Die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche des Großherzogthums Baden ruht in der evangelisch-protestantischen Gemeinde, welche in der Pfarrgemeinde, der Diözengemeinde und der Landesgemeinde zur verfassungsmäßigen Ercheinung kommt. Ihre Rechte und Befreiungen übt sie durch die von ihr selbst gewählte Vertretung aus. 2) Der evangelische Großherzog verhaltet das Landesherrliche Kirchenregiment nach den Bestimmungen der Kirchenverfassung. 3) Die Pfarrgemeinden sind durch Kirchengemeinderäthe vertreten, welche von allen selbständigen Gemeindegliedern unmittelbar oder mittelbar auf eine bestimmte Anzahl von Jahren gewählt werden. 4) Die Pfarrer werden unter Mitwirkung der Pfarrgemeinden vom Großherzog ernannt. Die Patronatsrechte bleiben vorbehalten. 5) Die Diözengemeinden sind durch Diözessynoden vertreten, in welchen jede Pfarrgemeinde durch mindestens ebenso viele weltliche als geistliche Mitglieder repräsentirt ist. Dieselben versammeln sich wenigstens alle zwei Jahre zur Beratung über allgemeine kirchliche Angelegenheiten und zur Beschlusssfassung über die besonderen Angelegenheiten der Diözese. Sie sind durch einen von ihnen gewählten ständigen Ausschuß von einer Sitzungsperiode bis zur anderen vertreten. 6) Die Dekane werden unter Mitwirkung der Diözessynoden vom Großherzog auf eine bestimmte Anzahl von Jahren ernannt. 7) Die Landesgemeinde ist durch die Generalsynode vertreten und wird mindestens aus ebenso vielen weltlichen als geistlichen Abgeordneten gebildet. Dieselbe verfasset sich wenigstens alle fünf Jahre zur Beratung und Beschlusssfassung über alle in das Gebiet der kirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung einfallenden Angelegenheiten. Ihre Beschlüsse bedürfen zur Gültigkeit der Genehmigung des Großherzogs. Sie ist durch einen von ihr gewählten ständigen Ausschuß von einer Sitzungsperiode bis zur anderen vertreten. 8) Die Mitglieder des Oberkirchenräths werden unter Mitwirkung der Generalsynode oder des General-Synodalausschusses vom Großherzog ernannt. Der Vorsteher ist der Generalsynode in Beziehung auf seine gesamte Thätigkeit verantwortlich, und in besonderen Fällen auf den Beirath des Synodalausschusses an-

gewiesen. 9) Kirchliche Gesetzentwürfe von allgemeiner Wichtigkeit sollen vor ihrer Beratung durch die Generalsynode den Kirchen-Gemeinderäthen und Diözessynoden zur Kenntnis und Auseinandersetzung mitgetheilt werden. 10) Für die Handhabungen der Diözesan- und Generalsynoden besteht der Grundzusatz beschränkter Öffentlichkeit. Diejenigen der Generalsynode sollen mit möglichster Beschleunigung und Ausführlichkeit dem Druck übergeben werden.

Frankfurt a. M. 14. Juni. [Bundestagsitzung der Prinz-Regent.] In der heutigen Bundesstagsitzung fehlten die Gesandten von Preußen, Königreich Sachsen und Kurhessen, und waren durch den österreichischen, bayrischen und großherzoglich hessischen Gesandten vertreten. Man hatte die Vorlage der kurhessischen neuen Verfassung zum Zweck der Garantie-Einhaltung erwartet; dieselbe erfolgte aber nicht. Dagegen wurde die Rechtsverwahrung des Kasseler Stadtrathes eingereicht und der Reklamationskommission zugewiesen. Auch die auf der Tagesordnung stehende Abstimmung über das Anlehngesetz des Staatsrates füllte nichts aus, ob die nächste Sitzung verschoben werden, da dem Bernheimen nach, mehrere der Herren Gesandten noch nicht instruiert waren. Sonst kamen noch Bundesfeststellungsangelegenheiten minder wichtiger Natur zur Sprache. — Die von dem Prinz-Regenten heute Vormittag abgehaltene Revue bot trotz des Regenwetters ein großartiges Schauspiel. Der Prinz wurde mit lebhaftem Hurrah empfangen. Nach eingenommenem Dejeuner im Hotel Westendhall sah Se. Königliche Hoheit um 1 Uhr die Reise nach Baden fort. Herr v. Ussedom hat dem Regenten das Geleit bis Heidelberg gegeben. (Pr. 3.)

Hessen. Kassel, 14. Juni. [Zur Verfassungsfrage] bringt die „Kass. 3.“ einen Artikel, der die Anschauungen und Absichten der Regierung, wie folgt, angibt: „Die Regierung wird nun die Garantie der Verfassung bei der Bundesversammlung nachsuchen, sobald jene in Kraft und Wirksamkeit getreten sein wird, also mit dem 1. I. M. Wenn sie schon dieser Garantie an und für sich nicht bedarf, so gehört doch die Erheilung derselben, da solche in den Bundesverhandlungen zur Sprache gekommen, auch bereits eventuell zugesichert ist, zum vollständigen Abschluß der Sache. Die Regierung wird daher, unbeirrt durch die oppositionelle Presse, durch Verwahrungen und ähnliche Kundgebungen, ihren Weg ruhig weiter gehen. Die Widersacher, obwohl sie die formelle Gültigkeit des neuen Verfassungsgesetzes ausdrücklich zugestehen, fahren fort, sich in ihren Machtprächen gegen die Kompetenz der Bundesbehörden zu gefallen. Sie bedenken nicht, daß es sich in diesem Falle nicht um den Artikel 56 der Bundesakte (Gewährleistung der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen), sondern um die Artikel 27 und 61 derselben handelt, welche bei stattgefundenener Dazwischenkunft der Bundeshülfe dem Bunde allerdings eine weiter gehende Einwirkung in die Verfassungs-Angelegenheit gestattet. Aber dem sei, wie ihm wolle: wir wiederholen, daß die Bundesversammlung allein berufen sein kann, bei Anwendung der Bundesgesetze die Grenzen ihrer Kompetenz zu bestimmen.“

Mecklenburg. Schwerin, 14. Juni. [Kirchliches Aergernis; Kriminaluntersuchung.] Bekanntlich hatten sich im Juli v. J. 28 Mitglieder der Rostocker Gemeinde an das geistliche Ministerium der Stadt Rostock mit der Bitte gewendet, die Pastoren möglichen ihr Amt gebrauchen, um das vorhandene Aergernis zu befreien. Zugleich hatten Einzelne unter den Petenten ihren Seelsorgern erklärt, sie könnten so lange das Aergernis, welches der Konfessorialrath Krabbe der Gemeinde gegeben, nicht aufgehoben sei, sich an dem heiligen Abendmahl nicht beteiligen. Als immer keine Antwort auf diese dringende Vorstellung erfolgte, wandte man sich im Januar d. J. abermals an das Kollegium der Pastoren. In den letzten Wochen ist nun allerdings eine Antwort eingegangen: die geistlichen Herrn geben keinerlei Entscheidung, weder nach der einen noch nach der andern Seite, und fordern schließlich die Gemeindeglieder zum Vertrauen zu ihren Seelsorgern auf, während 600 ihrer Gemeindeglieder, weil sie in ihrem Geist versucht haben, die Stimmung des kirchlichen Friedens zu heben, in eine Kriminal-Untersuchung gerathen sind. Die Lösung des Räthsels liegt in dem den Rostocker Pastoren insinuierten Inhibitorium des Oberkirchenräths. Nebenwegen hört man, daß die Petenten bei diesem Bescheide des geistlichen Ministeriums sich nicht beruhigen werden. — Was die Hauptkriminaluntersuchung anlangt, so ruht dieselbe bereits seit fünf Wochen, und es scheint, daß man überall Anstand nimmt, in der Untersuchung weiter vorzugehen, um nicht die vorhandene Aufregung noch mehr zu steigern. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die bisher Vernommenen in der Hauptache alle einstimmig geantwortet haben, übrigens jeder nach seinem besten Wissen und Vermögen die Sache vertreten hat, woraus sich am deutlichsten ergibt, daß keine Komplottierung, weder vorher noch nachher, stattgefunden hat. Der Verfasser der Adresse, der Gutsbesitzer Dethloff, hat sich sogar bei dem Verhör vor dem Untersuchungsrichter die Anerkennung seines gewissenhaften Verhaltens bei der ganzen Angelegenheit erzwungen. Die Spannung auf das Urteil ist natürlich sehr groß. Wie aber auch das Urteil ausfallen wird, die Sache selbst, um die es sich handelt, wird jedenfalls durch ihre eigene Kraft weitergeführt werden, denn es hat sich in der letzten Zeit mehr als je herausgestellt, daß sie in einer gewissenhaften Überzeugung von Tausenden wurzelt, welche Überzeugung durch das öffentliche Sendschreiben Dethloffs an den Professor Philippi bei sehr vielen noch einen neuen Anhalt gewonnen hat. (Pr. 3.)

Raßau. Wiesbaden, 13. Juni. [Kammerverhandlungen.] Die Zweite Kammer hat gestern (wie schon erwähnt) den Antrag auf Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Abg. Knapp unterstützte ihn mit folgenden Worten: „Ich bin Ausschußmitglied und habe unsern Bericht mitunterzeichnet, weil ich Alles, was in demselben enthalten ist, für wahr und richtig halte. Man wird uns freilich einwenden können, daß wir mit unseren Anträgen und Beschlüssen über diesen Gegenstand etwas zu spät kämen aber es ist immer und bei jeder Gelegenheit unsere Pflicht, uns für Wahrheit und Recht entschieden auszusprechen. Und wahrlich, meine Herren, es muß ein jedes rechtlich denkende Gemüth empören, wenn man bedenkt, wie im 19. Jahrhundert in einem konstitutionellen Staat die verfassungsmäßigen Rechte eines Volkes unterdrückt und mit Füßen getreten werden. Aber legen wir die Hand aufs Herz und fragen uns selber: sind wir denn in allen Beziehungen in einer anderen Lage wie 1851, das bis jetzt den Ständen

nicht zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt worden ist? Besteht unsere ganze ständische Wirklichkeit nicht auf einer verfassungswidrigen Grundlage? Hat nicht unsere Regierung unser Staatsrecht vom 29. Dezember 1849, welches auf verfassungsmäßigen Wege zu Stande gekommen war und die Sanktion unseres hohen Fürsten erhalten hatte, einseitig und ohne ständische Zustimmung wieder aufgehoben? Hat nicht unsere Regierung das Jagdgesetz vom 15. Juli 1848 ebenfalls ohne ständische Zustimmung aufgehoben und ein anderes an dessen Stelle oktoziert? Es ließen sich noch mehrere Thatsachen anführen, die mit denselben in Kurhessen in eine Parallele zu stellen wären. Allein diese wenigen werden schon genügen, um zu beweisen, daß unsere Regierung von ihrem Standpunkt aus ganz richtig gehandelt hat, indem sie gegen unsern Beschluß, unsern Bundestagsgelandten in Frankfurt dahin instruirt hat, für die kurhessische Regierung zu stimmen. Sie hat doch wenigstens Konsequenz bewiesen, und man kann ihr nicht den Vorwurf machen, sie möge zuerst den Balken aus ihrem eigenen Auge ziehen und hernach kommen, um den Bruder von seinem Splitter zu befreien. Ich glaube daher auch nicht, daß unsere Regierung unserem Antrage (wenn er, wie ich nicht zweifle, zum Beschluss erhoben wird) Folge geben wird. Dies kann uns aber ebenfalls nicht hindern, unsere Ansicht für Wahrheit und Recht auszusprechen und da, wo es gilt, unsere Schuldigkeit zu thun." — Ferner wurde die Petition der Israeliten wegen Beseitigung der Formen des sogenannten Judeneides der Regierung zur Abhülfe empfohlen. — Außerdem wurde der Antrag des Abgeordneten Schmidt auf Besteuerung der Hazardspiele nach dem Nettoertrag einstimmig angenommen. Die Regierung erklärte, daß der Gegenstand bei dem in Aussicht genommenen Entwurf eines neuen Gewerbesteuergesetzes geregelt werden solle.

[Ein Preßprozeß.] Die hiesige „Rhein-Lahn-Zeitung“ hat einen eignethümlichen Preßprozeß. Zu St. Goarshausen war ein das dortige Echo-Schießen beschränkendes Verbot ergangen. Einige Zeit danach standen in der „Rhein-Lahn-Zeitung“ folgende Verse, angeblich aus Heinrich Heine's Nachlaß:

Es wird nit mehr geschoße,
Der Amtmann will's mit han;
Die Echo sind verchlösse,
Weil's Kind nit schlafen kann.

Wand'rer, frag' hier nicht das Echo,
Obne Antwort wirst Du bleiben.
Daz es Antwort wieder gebe,
Mußt Du erst dem Amtmann schreiben.

Darum geh' nach Oberwesel,
Dort ist noch das Echo frei.
Frag' es, wie er heißt, der Strenge:
Du wirst hören, wer er sei.

Der Amtmann Nullmann in St. Goarshausen hat nun eine Injurienklage gegen die Zeitung erhoben. Er behauptet, in der zweitletzten Zeile sei nur zum Schein gesagt „der Strenge“; in Wirklichkeit solle es heißen „der Esel“, und mit diesem „Esel“ könne unmöglich jemand Anderer gemeint sein, als er, der Amtmann.

Sächs. Herzogth. Meiningen, 14. Juni. [Demexti.] Der Vorstand des hiesigen Turnvereins erklärt die Nachricht, daß der regierende Herzog vor einiger Zeit eine unliebsame Neuherierung über die deutschen Farben gethan habe (s. Nr. 135), für „rein erlogen“.

Schleswig. 13. Juni. [Die Untersuchung gegen Dr. Heiberg; Verurtheilung.] Die wider den Buchhändler Dr. Heiberg in Schleswig eingeleitete Untersuchung ist in ein neues Stadium getreten. Das Appellationsgericht hatte schon früher die polizeilich verfügte Schließung der Buchhandlung des Genannten aufgehoben; dennoch ist die Wiedereröffnung Seitens der Polizei bis jetzt nicht geschehen. Auch eine zweite Entscheidung derselben Gerichtshofes ist ignorirt worden; ja der Polizeimeister Jörgensen hat sich sogar am 29. Mai, von 2 Polizeidienstern begleitet, veranlaßt gesehen, eine Nachsuchung des Privatzimmers des Dr. Heiberg stattfinden zu lassen. Die Supplikation Dr. Heibergs bei dem Ministerium für Schleswig hat Seitens des Letzteren zu einer Anfrage bei der Schleswiger Ober-Polizeibehörde geführt, die sich indeß unter dem 31. Mai dahin erläutert hat, daß „sie sich nicht veranlaßt finden könne, die polizeiliche Schließung des Buchladens cum pert. nämlich einem Musikalien-Leih-Institut wieder aufzuheben“. Auf die von Dr. Heiberg eingereichte Vorstellung, betreffend die polizeiliche Nachsuchung seines Privatzimmers am 29. Mai, hat das Kriminalgericht in der Stadt Schleswig (der Magistrat) am folgenden Tage dem „Inkulpaten“ eröffnet, daß es bei dem von dem genannten Gericht am 29. Februar d. J. gefassten Beschlüsse, die Durchsuchung seiner Privatpapiere betreffend, sein Bewenden behalten müsse. Es steht jetzt zu erwarten, ob das Appellationsgericht in Flensburg Schritte thun werde, damit seine Entscheidungen von der Polizei beachtet und ausgeführt werden. Die ganze Angelegenheit aber gewinnt, wie ein hiesiges Tagesblatt sich ausdrückt, „durch den zu Tage liegenden Konflikt zwischen Rechtspflege und Polizei-Willkür den Charakter einer cause célèbre des Schleswigschen Rechtsverfahrens neuester Zeit“ und verdient deshalb auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Überdies muß die fortgesetzte Schließung eines kaufmännischen Geschäftes die Vermögensverhältnisse des Betroffenen tief erschüttern, wenn nicht ruinieren. — Auch die Untersuchungen in der Adressangelegenheit sind nach langer Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Der Kaufmann Versect in Schleswig, der sich als Verfasser der aus der Stadt Schleswig an die Stände gerichteten Adresse genannt hat, ist verhaftet und zu einer Ordnungsstrafe von 3 Tagen Gefängnis bei Wasser und Brot verurtheilt worden, wird aber gegen dieses Urteil remonstriren. Ein Verhör von 23 Petenten steht noch bevor und soll in nächster Woche stattfinden. (N. P. Z.)

Flensburg. 12. Juni. [Verurtheilung.] Von den schlesischen Arbeitern, welche vor mehreren Wochen bei einem in Lüdern (Schleswig) stattgehabten Krawall sich betheiligt hatten, waren zwei besonders stark kompromittirte festgenommen und in erster Instanz zu Gefängnisstrafe bei Wasser und Brot verurtheilt worden; das Flensburger Appellationsgericht hat jetzt jeden von Beiden zu einsähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Waldeck. Pyrmont, 13. Juni. [Neubestände.] Schon vor länger als vier Wochen sind die Pächter der Spielhölle wieder angelangt, und bereits hat ein Tabakshändler aus dem benachbarten preußischen Flecken Lüdje, nachdem er die letzten Goldstücke für eine

gehoffte Besserung seiner Glücksumstände eingesetzt und verloren, den Tod in der Emmer gesucht. Ein anderer Nebelstand hat sich seit zwei Jahren eingenistet. Von Seiten der fürstlichen Regierung ist eine Verordnung erschienen, welche an Musikbeiträgen für den Badegast wöchentlich 20 Sgr., für zwei Personen 1 Thlr. fordert; manche Familie, die sich sechs bis zehn Wochen aufhielt, hat daher unverhältnismäßige Summen für ein Vergnügen aufbringen müssen, woran den meisten Kranken wenig gelegen ist. Trotz aller Be schwerden hat man dieser Plündierung der wohlhabenden und dieselben lästigen Druck der unbemittelten Fremden noch nicht Einhalt gethan; es heißt, daß der regierende Fürst, um sich eine gute Kapelle für die Residenz Arolsen zu erziehen, solche Ansprüche erhebt, und auf die Hauptallee eine Mannschaft von 25 Musikern wirkt. Vielleicht gelingt es dem jetzigen Bürgermeister und Staatsanwalt Kleinschmidt, diesem Missbrauch zu steuern! (A. Z.)

Großbritannien und Irland.

London. 13. Juni. [Die „Times“ über Frankreich.] Die „Times“ bespricht heute die bevorstehende Zusammenkunft in Baden-Baden. Sie geht dabei von der grundverfehlten Voraussetzung aus, daß Preußen sich möglicher Weise auf einen Handel einlassen könnte, der eine französische Gebietsvergrößerung zur Folge haben würde. Über die Befürchtungen der „Times“ können wir füglich mit Stillschweigen hinweggehen. Beachtenswerther möchten folgende Bemerkungen in dem betreffenden Artikel sein: „Frankreich hat durch die Einverleibung Savoyens und Nizza's mehr verloren, als gewonnen. Sie war der erste Anlauf, weshalb der Handelsvertrag bei uns in England unpopulär wurde. Wir hätten uns sonst einen kleinen Nachteil bei den Bedingungen des Ablommens gefallen lassen und nachsichtlich auf schußzöllnerische Täuschungen geblickt, denen wir selbst noch nicht lange entagt hatten. Was uns aber eine ganz andere Ansicht von der Sache beibrachte, war die Entdeckung, daß, obgleich Frankreich einen Handelsvertrag mit England schließen konnte, es zu gleicher Zeit mit anderen Staaten Verträge abgeschlossen hat, die durchaus nichts Kommerzielles an sich hatten, und daß es, während es ein Heer von 600,000 Soldaten auf den Beinen hielt, bereit war, um einer Idee willen Krieg zu führen. Wenn wir diesseit des Kanals solche Gefühle hegen, so hat Nationaleifersucht damit nichts zu thun. Wir glauben nicht, daß, wenn es sich um eine Abwägung der Macht handelt, die Stärke Frankreichs durch die Erwerbung Savoyens einen wesentlichen Zuwachs erhält. Auch würde es uns wenig Sorge machen, wenn dies wirklich der Fall wäre. Wir wissen recht gut, daß in Bezug auf nationale Macht Frankreich voraussichtlich weit besser dabei fährt, wenn es die Künste des Friedens kultiviert, als wenn es das Glück des Krieges versucht. Es würde nach fünfjährigem Frieden und fünfjähriger Entwaffnung stärker sein, als nach zehn Jahren selbst siegreicher Feldzüge. Thiers entwirft ein lebendiges Bild von der Lage, in die sein Vaterland durch jene Siege und Eroberungen versetzt worden war, auf welche die Franzosen noch immer mit Triumph und Stolz blicken. Das Ende aller dieser Triumphe war, daß, noch ehe ein einziges Bataillon der Verbündeten über den Rhein gegangen, Frankreich ruinirt war. Die Mittel des noch vor Kurzem gebietenden und erobernden Kaiserreichs waren so erschöpft, daß keine Muskeln für die in aller Eile gegen den Feind ausgehobenen Truppen beschafft werden konnten, und so wehrlos war die Lage des Landes, daß, wäre nicht das unvergleichliche Genie des Kaisers gewesen, die Verbündeten, wenn sie eine so erstaunliche Wahrheit hätten ahnen können, nach Paris hätten marschieren können, ohne an der französischen Grenze Halt zu machen. Alles das war die Furcht des Krieges und zeigt, wie sehr die Interessen Frankreichs, nicht weniger, als die Europa's, erfordern, daß das zweite Kaiserreich sich in Wahrheit auf den Frieden stütze.“

[Die Reformbill.] Die „Times“ widmet der von Lord J. Russell zurückgezogenen Reformbill einen Nachruf. „Die von uns in den letzten drei bis vier Wochen ausgegebenen täglichen Bulletins“, bemerkt sie, „werden das Publikum auf das Ereigniß vorbereitet haben. Lord John Russell hatte kaum den Tod der Bill angezeigt, als er auch schon im Geiste des alten Spruches: „Der König ist tot, lange lebe der König“, eine Nachfolgerin für die nächste Session ankündigte. Die Bill ist, wie unsere Lefer wissen, einer Menge von Leidern erlegen. Sie muß keinen einzigen heilen Fleck am ganzen Körper gehabt haben, denn die Zahl ihrer Aerzte war Legion, und wie wir aus der Tagesordnung vom Montag ersehen, boten 60—70 ihre Dienste an, als sie aus dem Leben schied. Das De mortuis nil nisi bene ist so ziemlich das Beste, was sich von ihr sagen läßt. „Daily News“ klagt das Unterhaus der reaktionären Selbstsucht und Heuchelei an und fordert die Reform-Vereine zur Agitation auf, damit im nächsten Jahre der Vorhang über eine grohartige Scene aufgehe.“ — Der „Advertiser“ bemerkt, daß Lord John Russell sich an den frühen Tod seiner „schwächlichen Wechselältere“ wie etwas Selbstverständliches zu gewöhnen scheine. Im Jahre 1852 habe er eine Fülle bitterer Thränen vergossen, als er seinem Reform-Kindlein im Hause der Gemeinen eigenhändig den Todtenthein ausstellen mußte; gestern habe er sich kalt und trocken wie ein Leichenbitter oder Todtengräber von Profession benommen.

Frankreich.

Paris. 13. Juni. [Die Besiegereiung von Savoyen und Nizza.] Der „Constitutionnel“ äußert sich über die nunmehr als vollendete Thatsache zu betrachtende Vereinigung Savoyens und Nizza's mit Frankreich. Die Siege in Italien, sagt das offizielle Blatt, weil entfernt, die europäische Ordnung zu stören, hätten sie wieder bestätigt und konsolidirt. Denn dies sei der doppelte Charakter der nun abschließenden Epoche: auf der einen Seite habe es die Ehre Frankreichs erfordert, daß es in der Welt wieder jenen „legitimen Einfluß“ gewinne, welcher seinen historischen Tendenzen gebühre; auf der anderen Seite habe es sein wohlverstandenes Interesse gewollt, daß das europäische Gleichgewicht gewahrt bleibe, und die Erfahrung ihm überdies gerathen, zwar seine Stelle im politischen concert der Nationen wieder einzunehmen, aber Niemanden zu verdrängen. Der „Constitutionnel“ findet sodann, daß es unmöglich war, die Anforderungen des Nationalgefühls in Frankreich besser zu vereinbaren mit den Interessen des allgemeinen europäischen Friedens, als die kaiserliche Regierung es in der Nizza-Savoyischen Angelegenheit gethan hat.“ „Allerdings“, fährt der „Constitutionnel“ fort, „besiegten unsre Siege die Verträge von 1815, insoweit sie erniedrigend für uns waren;

wir zerbrachen die heilige Allianz; wir zerstörten jenes moralische Lazareth, welches uns unter der Julianarchie schmachvolle Quarentäne auferlegte, und demütigten unsererseits jenen alten Geist des Grossen, der uns einst in den Bann der Zivilisation legen wollte. Wir haben, wenn man will, unsere Revanche genommen, aber man vergesse es nicht, es war die Revanche unserer Ehre. Dabei blieben wir stehen.“ Der „Constitutionnel“ meint, nachdem Frankreich den Sieg gebracht, habe es in einem gewissen Augenblick nur von ihm abgehängt, ihn zu mißbrauchen, allein der Kaiser habe dies nicht gewollt. Frankreich denkt nicht daran, einem Bonaparte dieses Mangels an Ehreiz vorzuwerfen. Man verkenne im Auslande wohl die Pläne Frankreichs in der Gegenwart, wie sein Streben in der Zukunft. Es vergesse weder so leicht, als man dies unter einer anderen Regierung geglaubt habe, noch sei es so unersättlich, als man dasselbe unter der gegenwärtigen Regierung absichtlich schildere. Das Nationalfest vom nächsten Donnerstag werde für die Bevölkerung ein feierlicher Anlaß sein, ihre Gefühle darzulegen. Nicht einer Eroberungspolitik würden Armee und Nationalgarde zurufen, sie würden der Politik der Ehre und der Willigkeit zujubeln, welche „die Grenzen Frankreichs nur weiter hinausrücken, und welche Mitglieder der französischen Familie wiederzufinden“, und welche die Nation vergrößere, ohne Demanden zu demütigen oder zu bedrohen.

[Tagebericht.] Der „Moniteur“ ersucht alle in Paris anwesenden aktiven Offiziere der Generalität, in geflicktem Rock und rothen Beinkleidern sich morgen der Suite des Kaisers anzuschließen, wenn Se. Majestät sich um 1½ Uhr von den Tuilerien nach dem Marsthalde begibt. — Der Kultusminister Rouland hat an die Erzbischöfe und Bischöfe das Eruchen gerichtet, da der Kaiser die friedliche Acquisition an den Alpen durch Dankgebung zu Gott, dem König der Könige, zu heiligen wünsche, am nächsten Sonntag den 17. Juni zum Schlusse der Messe in allen Kirchen ein Te Deum singen zu lassen. Ein ähnliches Tirkular haben auch die Präsidenten des lutherischen Kirchen-Direktoriums, des reformierten Konsistoriums und die Mitglieder des israelitischen Zentral-Konsistoriums erhalten. — Der Admiral Parjeval Deschénes ist 69 Jahre alt geworden. Sein letztes Kommando war 1854 in der Ostsee. Den ersten Dienst hatte er in der Schlacht bei Trafalgar am 22. Oktober 1805. — Eine aus Edelleuten, Grundbesitzern und Kaufleuten bestehende angebliche „siciliane Deputation“ wird in Paris erwartet, „um den Kaiser über die Lage ihrer Insel zu unterrichten“. Diese Leute werden von San Martino und Ischia empfohlen; sie scheinen also von der neapolitanischen Regierung geschickt zu werden. — Man versichert, der Marine-Minister habe gestern vom Kommandanten der französischen Schiffstation vor Palermo die Kopie des Briefes erhalten, in welchem Gegen-Admiral Mundy angezeigt, er werde Castellamare besiegen. In Folge des energischen Widerstandes von Garibaldi unterblieb die Okkupation. — Marshall Baillant hat konstatiert, daß die Defretcher die Festungen von Verona bedeutend vermehrt haben. — Hr. Winterhalter soll schon beauftragt sein, die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinz-Regenten durch ein Gemälde zu verherrlichen. Es heißt, er werde mit von der Reise sein. — Man spricht von einer Deputation von Bosniaken und Bulgaren, welche in Paris angekommen ist und eine Sendung ihrer Landsleute hier zu bestellen hat. — Es ist aufgefallen, daß das diplomatische Corps nicht zum morgenden Te Deum eingeladen worden. — Der gesetzgebende Körper soll bis zum 7. Juli verlängert sein. — Hr. Martino aus Neapel hat gestern eine Konferenz von einer Stunde mit dem Kaiser und mit Hrn. Thouvenel in Fontainebleau gehabt. — Die Aussichten für die Feldfrüchte sind schlecht. Man hat lebhafte Befürchtungen, welche durch das kalte und anhaltend nasse Wetter nicht verringert werden. Die Regierung denkt schon jetzt daran, was sie zur Milderung dieser erwarteten Uebelstände thun könnte. Man will wissen, daß die diesmalige Liste der Einladungen nach Fontainebleau eine gewisse Wichtigkeit habe. Es soll kein bloßer Zufall sein, daß Lord Cowley, Graf Kisseloff, Graf Pourtales und Ritter v. Nigra zu gleicher Zeit nach Fontainebleau eingeladen worden sind.

[Die Einverleibung von Savoyen und Nizza.] Die geistige Senatsfistung war der Einverleibung Savoyens und Nizza's gewidmet. Wie aus dem bereits heute im „Moniteur“ veröffentlichten Protokoll ersichtlich, leitete der Staatsminister Gould mit einigen Worten die Überreichung des Tags zuvor vom Staatsrat berathen und genehmigt, die Einverleibung betreffenden Senatskonsult-Entwurf ein. Dieser lautet: „Art. 1. Savoien und das Arrondissement Nizza bilden einen integrirenden Theil des französischen Kaiserreichs. Die Verfassung und die französischen Gezege treten darin vom 1. Januar 1861 an in Kraft. Art. 2. Die Eintheilung der mit Frankreich vereinigten Gebiete in Ressorts der kaiserlichen Gerichtshöfe und in Departements wird durch ein Gesetz bestimmt. Art. 3. Die verschiedenen Maßregeln in Betreff der Feststellung der Zolllinien, so wie alle zur Einführung des französischen Regiments in diese Gebiete nothwendigen Bestimmungen werden durch kaiserliche vor dem 1. Januar 1861 erlassene Dekrete geregelt sein können. Diese Dekrete werden Gesetzeskraft haben.“ Nachdem sich der Senat in seine Bureau's zurückgezogen, und die Sitzung zwei Stunden lang suspendirt gewesen, hat der Präsident den Kommissionsbericht verlesen, der natürlich einmuthige Annahme der Vorlage empfiehlt, und die 126 anwesenden Senatoren haben dann zuerst die drei Artikel einzeln und dann das Ganze einstimmig angenommen.

Paris. 15. Juni. [Teleg.] Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Kaiser, die Kaiserin und die Großfürstin Marie mit ihren beiden Söhnen der Revue gestern beigewohnt haben. Abends war die Stadt erleuchtet. Nachdem die Annexion von Savoien und Nizza nunmehr proklamiert worden ist, hat der Kaiser als Beweis seiner Zufriedenheit Herrn v. Thouvenel zum Großkreuz der Ehrenlegion ernannt.

Schweiz.

Bern. 12. Juni. [Die Schweiz und Savoien.] Aus dem Geschäftsbericht des politischen Departements des Bundesrats ergibt sich, daß die Möglichkeit einer Abtreitung Savoiens an Frankreich die oberste schweizerische Exekutivbehörde schon früher beschäftigte. Bereits am 28. Januar 1859 wurde den schweizerischen Vertretern in Paris und Wien die Stellung der Schweiz zu Savoien (Fortsetzung in der Beilage).

vöyen vertraulich in Erinnerung gebracht. Eine Denkschrift über die Verhältnisse Savoyens zur Schweiz wurde vorbereitet. Am 29. Juni 1859 erhielt Hr. Dr. Kern in Paris die Weisung, die französische Regierung auf die Besorgnisse der Schweiz wegen Savoyen ausführlich zu machen. Trotz der gegentheiligen Versicherungen der offiziellen Organe erhielt der Bundesrat im Oktober 1859 aus zuverlässiger Quelle die Mittheilung, daß schon vor dem Einmarsch der Truppen in Italien ein Vertrag unterzeichnet worden sei, in welchem Sardinien einwilligte, Savoyen und Rizza an Frankreich abzutreten, wenn die Vergrößerung Sardiniens auf den Besitz von 11 Millionen italienischer Unterthanen gestiegen sein werde, in welchem Falle Sardinien auch die Kriegsosten an Frankreich verüben solle.

Italien.

Turin, 11. Juni. [Gavour und die napoleonische Politik; Verschiedenes.] Graf Gavour hat sich im Senate mit viel Wärme, aber zugleich mit vieler Geschicklichkeit im Sinne der napoleonischen Politik ausgesprochen, indem er die Zweifel an den wohlwollenden Gesinnungen Napoleon's für Italien widerlegt und den Einfluß schilderte, den der Kaiser seit Villafranca zu Gunsten der italienischen Sache ausgeübt habe. Er sprach neuerdings auch von dem Briefe Napoleon's an den Papst. „In diesem Briefe“, sagt Gavour, „ist die Aufrechterhaltung der weltlichen Gewalt, so wie dieselbe sich gegenwärtig gestaltet hat, als nicht nothwendig bezeichnet. Dieses ist eine für Italien viel wichtige Thatache, als die Schlachten von Magenta und Solferino. Dieser Brief hat für unser Land die nämliche Wichtigkeit, wie die Befreiung von Benevent.“ Die Opposition tadelte diese Sprache; die Diplomaten halten sich nicht sowohl an die Worte wie an die ganze Attitüde Gavour's, und es ist ihnen allen klar, daß Herr Nigray in Paris mit großem Erfolge arbeitet. — La Farina hat keine Mission nach Sardinien bekommen, er scheint aber doch fortgegangen zu sein, wenigstens hat er sich einen Urlaub bei der Kammer erbettet. Herr La Farina ist mit Garibaldi ausgesöhnt und demselben wieder sehr nahe getreten. — Die Dekrete Garibaldi's erregen hier große Sensation. Er hat die Abgaben auf Getreide und Kartoffeln abgeschafft u. s. w., was hier eben nicht sehr entzückt, denn die Regierung würde dies später aufrecht erhalten müssen. — Carini geht es besser; er wird gerettet werden. Garibaldi nennt ihn selber „einen zweiten Bixio“, so tapfer hielt sich der junge Mann. — Der berühmte Dichter Manzoni hat im Senate mit für die Abtreitung von Savoyen und Rizza gestimmt. — Die Rückführung der Lombardie durch die Franzosen ist vollzogen. Marschall Baillant trat am 10. Juni die Rückreise von Mailand an. Der Gemeinderath gab ihm das Geleite, Truppen und Nationalgarde standen in den Straßen, durch welche der Marschall kam, in Reihe und Glied, und die Bevölkerung rief ihm lebhafte Beifall zu. — Auf der Rückreise nach Frankreich wurde Marschall Baillant am 12. Juni in Magenta von der Nationalgarde und dem Gemeinderathe, in Novara vom Stadtgouverneur bewillkommen. Der Marschall reiste nach Como, um auf einem Regierungsdampfer den Lago Maggiore zu besuchen und am 13. in Turin einzutreffen. — Aus Turin sind der Marchese Tercessa, der Marchese Roccaforte und der Graf Manzoni, alle drei sicilianische Flüchtlinge, nach Palermo abgereist. — Kanonikus Ortalda wurde wieder in Freiheit gesetzt. — Die neue sardinische Zolllinie auf der savoyischen Seite ist bereits festgesetzt; die erste französische befindet sich in Lardsbourg, die zweite in St. Jean de Maurienne, die sardinische in Susa.

[Gedächtnisfeier der Schlacht bei Magenta.] Ein Korresp. des „Schw. M.“ berichtet aus Magenta vom 4. Juni: „Hart an der Eisenbahnstation sind in einem großen Bereich auf hohen Stangen zur heutigen Gedächtnisfeier 70 Tricoloren für 70 gefallene französische Offiziere aufgestellt. Jede einzelne trägt einen schwarzen Flor und einen lebendigen Blumenkranz. Auf dem Boden des Bereichs liegen zerbrochene Waffen aller Art, Kugeln u. c. zerstreut. Hart an der anderen Seite der Bahnhlinie sind die Gräber der gesunkenen Offiziere und Soldaten, der Franzosen und der Feinde. Hoch und niedrig, Freund und Feind liegen in tießen, weiten Gräbern zusammen, welche ihrer Größe und Erhabenheit wegen für ewige Zeiten sichtbar bleiben. Ich zähle deren 20. Auf einem der Hügel, und so ziemlich in der Mitte der übrigen, ist eine einfache Kapelle errichtet. Gegen Mittag begann die Seelenmesse, Nachmittags zog man in Prozessionen nach den ziemlich entlegenen Brücken. Die Häuser des Fleckens und der Umgebung, besonders bei den Brücken, sind noch voll Löcher von Kanonen- und Musketenfugeln. Die Kirchhofmauer, welche die Feinde nach allen Seiten zu Schießständen durchbrachen, ist nicht mehr ausgebessert worden. Das Feld steht wieder in Hülle und Fülle da; die alten Weinböschungen und Maulbeerbäume sind durch junge ersetzt, und der vorige Jahr zusammengefahren und zerstampfte Boden ist mit ungewöhnlichem Wachsthum bedeckt.“

Rom, 7. Juni. [Revolutionäre Klubs.] Nach einer Mittheilung der Turiner „Armonia“ hat die hiesige Behörde zwei revolutionäre Klubs entdeckt, deren Mitglieder die Aufgabe hatten, durch Verbreitung allarmirender Nachrichten und zwar auch auf telegraphischem Wege Angst und Schrecken in den Gemüthern zu verbreiten. Zwei Kaffeehäuser waren Versammlungsorte dieser Klubs; es sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

[Stand der Dinge in Sardinien.] Der außerordentliche neapolitanische Bevollmächtigte, Herr v. San Martino, hat am 11. Juni bereits eine Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen gehabt, um mit Hilfe des Kaisers Napoleon für den Halbbruder des Königs Franz, den Grafen von Traun, Sardinien zu retten und als Gegengabe eine Verfassung nach dem Muster der jüngsten französischen anzubieten. Dieser Plan rührte von der Stiefmutter des Königs her, der Königin Theresia. Ihr Sohn, der Graf von Traun, wurde am 1. August 1838 geboren. Diese entschlossene Frau, welche die Seele der Kamarilla bildet und seit Ferdinand's II. Tode eigentlich regiert hat, hofft die Siege Garibaldi's zu einem baaren Gewinne für ihren ältesten leiblichen Sohn auszubauen. Zugleich erfährt man, daß dieser Entschluß des Königs Franz, oder vielmehr der Stiefmutter desselben, hinter dem Rücken des Kabinetts und ohne Wissen eines Ministers gefaßt und mit dem Gesandten in Rom, welcher der Vertreter Antonelli's und dabei zugleich ein guter Freund des Herzogs von Grammont ist, verabredet wurde. Die Gegner der italienischen Einheit versprechen sich Wunderdinge von diesem diplomatischen Schlagzuge, mit welchem sie Garibaldi vollständig schach und matt zu setzen hoffen. Garibaldi ist jedoch, wie der „Indépendance“ mitgetheilt wird, fest entschlossen, in den Abruzzen den zweiten Akt seines Kriegsdramas zu beginnen, unbekümmert um die Vorschläge der Königin Theresia und die Interessen ihres ältesten Sohnes. Garibaldi hat den Truppen so imponirt, daß im königlichen Palaste zu Palermo während des Waffenstillstandes die Lebewohle auf Garibaldi und Victor Emanuel so wenig selten waren, daß General Letizia diese Ause als eines der wesentlichsten Motive zur Annahme der Kapitulation aufgeführt hat. Über den Stand der Unterhandlungen in Betreff Sardiniens schreibt der Wiener Correspondent der „R. Z.“ 12. Juni: „In Bezug auf das künftige Schicksal Sardiniens finden in diesem Augenblicke lebhafte Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Sardinien statt, und scheint eine Verständigung zwischen diesen drei Mächten noch nicht zu Stande gekommen zu sein. Garibaldi ist fest entschlossen, auch im Königreich Neapel seine Fahne aufzupflanzen, und man wird wohl binnen kurzem die Nachricht erhalten, daß er in Kalabrien gelandet ist. Von dem Erfolge, den sein Unternehmen haben wird, hängt es dann hauptsächlich ab,

welche Gestalt die Unterhandlungen zwischen den Großmächten annehmen werden. Hier in Wien hofft man nicht viel für die königliche Sache, nachdem es sich gezeigt hat, wie wenig die königlichen Generale ihrer Aufgabe gewachsen sind.“ Was man der Regierung in Neapel noch immer zutraut, zeigt die Nachschrift einer neapolitanischen Korrespondenz der „Indépendance“, worin es heißt: „Ein junger Mann, der neulich während der Kundgebung bei Garibaldi's Sieg verhaftet wurde, ist mit dem Stocke tot geprügelt worden. Auch werden Fälle angeführt, wo Menschen zu Tode gefoltert wurden; ich bin jedoch über die Namen und Einzelheiten noch nicht genau genug unterrichtet. Die Regierung schickt Alles, was sie an Schiffen aufstreben kann, nach Sardinien; so eben hat sie auch drei französische Dampfer gemietet.“ Was die Wegnahme von zwei Dampfern mit Truppen und Munition für Garibaldi anbetrifft, die wir gestern gemeldet haben, so räth die „Indépendance“, abzuwarten, ob diese neapolitanische Depesche überhaupt begründet sei, und ob, wenn die neapolitanischen Kreuzer die Schiffe genommen, dieses vor oder erst nach der Landung der Mannschaft geschehen sei. Man traute nämlich den 2000 Freiwilligen, die neuerdings auf zwei Dampfern nach Sardinien in See stachen, nicht zu, daß sie sich so ohne Weiteres von den Neapolitanern haben in den Sac steten lassen. Die hier in Rede stehende Expedition bestand laut der „Patrie“ aus zwei Dampf- und einem Segelschiff, die 2000 wohlbewaffnete Freiwillige an Bord hatten. Garibaldi hatte dieselbe durch folgende zwei im „Pungolo“ veröffentlichte Schreiber veranlaßt:

Palermo, 31. Mai. Mein lieber Bertani! Wir sind in Palermo. Der Feind hat noch einige Positionen der Stadt, wir hoffen aber bald im Besitz derselben zu sein. Unsere Jäger haben einen bewundernswerten Mut entfaltet, aber sie sind mehr noch als dezimiert, wir brauchen noch einige von unsrer Braven. Das Volk ist voll Begeisterung, und ich zähle stark auf dasselbe. Der neapolitanische General bat mich um 24 Stunden Waffenstillstand, um seine Verwundeten an Bord zu bringen. Heute um 12 Uhr sollten die Feindseligkeiten wieder beginnen. Aber da die Zeit nicht zum Einschiffen der Verwundeten ausgereicht hatte, so stipulierte man eine neue Konvention auf drei Tage, damit auch die Toten, die sehr zahlreich sind, beerdigt werden könnten. Es sollen also Leute, Waffen und Munitionen kommen, dann wollen wir das begonnene Werk rasch zum Ziele führen. Ihr G. Garibaldi.

Palermo, 3. Juni. Mein lieber Bertani! Ich bevoßmächtige Sie nicht bloß, ein Ansehen für Sardinien zu machen, sondern in dessen Namen jede beliebige Schuld zu kontrahieren, denn wir haben hier unermäßliche Bedürfnisse, um Federmanns befriedigen zu können. Sies der Thrite, G. Garibaldi. Daß die Insurrektions-Komite's der Insel unter einander in sehr rascher und wohlgeordneter Verbindung stehen, schliegen wir aus einer vom Baron Trabonella unterzeichneten Bekanntmachung. Derselbe ist Präsident des Komite's von Caltanissetta und war am 28. Mai bereits im Stande, ihm die „durch das Komite von Santa Catharina, das die Korrespondenz des Insurrektionskorps beorgt, übermittelte Nachricht“ mitzuteilen, daß Garibaldi in Palermo am Morgen des 27. um 9½ Uhr eingetrückt sei. Caltanissetta liegt mitten im Innern der Insel, 250 Kil. von Palermo.

Die amtliche Zeitung der sizilianischen provisorischen Regierung enthält folgende Privatnotiz des Geheimsekretärs des Königs von Neapel: „Herr Oberst! Der Fürst Petrucci versichert, daß es ihm vielleicht gelingen wird, tausend Mann aufzubringen. Man hat ihm begreiflich gemacht, daß er sie schicken und sich mit Heg verständigen kann. Ich benachrichtige Sie in Folge erhaltenen Befehle. Mit aller Achtung u. s. w. Portici, 16. Mai 1860.“

Aus Palermo vom 1. Juni wird der „Times“ geschrieben: „Man könnte ganze Bände über den hier bereits verübten Vandalsismus schreiben; denn jeder der 100 Trümmerhaufen erzählt seine Geschichte von Brutalität und Unmenlichkeit. Wären nicht so viele Seefotziere, die durch die Stadt gewandert sind und sich diese Dinge mit eigenen Augen angesehen haben, so würde ich mich beinahe scheuen, sie niedergeschrieben, so unglaublich klingen sie. Vor Allem in den von den ärmeren Klassen bewohnten und reich mit Klöstern besäten Stadtteilen rechts und links vom königl. Palaste kann sich Jeder durch den Augenschein von den Grübeln überzeugen. Da sind die schwarzen Trümmer von Häuserstümpern. Als die Royalisten sich zurückzogen, zündeten sie diejenigen Häuser an, welche von den Bomben verschont geblieben waren, und zahlreiche Menschen wurden auf diese Weise in ihren Schlupfwinkeln lebendig verbrannt. In der ganzen Umgegend der Albergheria ist die Lust von den Auskünften der nur theilweise von den Trümmern bedeckten Leichen gezwängt und von jedem Bettgeruch, den das Verbrennen eines animalischen Körpers erzeugt. Wer diesen Geruch verträgt kann, der möge in das Innere der Ruinen treten; denn erst da kann er sich von der Wirklichkeit überzeugen. Man braucht nicht lange zu suchen, ehe man über die verkohlten Reste eines menschlichen Körpers, hier über ein aus dem Boden hervorragendes Bein, dort über einen Arm stolpert, oder ein schwarzes Gesicht erblickt, das einen anstarrt. Man wird durch ein Geräusch erstickt, man sieht sich um und erblickt ein halbes Dutzend fetter gemästeter Ratten, die nach allen Richtungen davonlaufen, oder einen Hund, der über die Trümmer weg zu entfliehen sucht, und man eilt selbst fort, um der wütigen und giftigen Verührung zu entgehen. Ich wundere mich nur darüber, daß der Anblick dieser Scenen nicht jeden Mann in der Stadt in einen Tiger und jedes Weib in eine Hyäne verwandelt. Aber das sizilianische Volk ist so lange gesunden und demoralisiert worden, daß nichts auf seine Natur zu reagieren scheint.“

Russland und Polen.

Petersburg, 9. Juni. [Tageschronik.] Der bisherige interministerielle preußische Gesandte, Graf Perponcher, hat am 5. d. seine Abschiedsaudienz beim Kaiser gehabt, und in diesen Tagen wird H. v. Bismarck-Schönhausen empfangen werden. — Die „Nordische Biene“ bringt einen Leitartikel über die ehrlichen Absichten Preußens in Bezug auf Deutschland, der einem Artikel der „Preuß. Ztg.“ zum Theil wiedergibt und dem Charakter der preußischen Politik die wärmste Anerkennung zollt. — Der russische Gesandte in Konstantinopel, Fürst Labanoff-Rostowski, ist zum Dank für seine Verdienste mit dem Stanislaus-Orden 1. Kl.decorirt worden. — Neulich wurde gemeldet, daß Hr. Stieglitz das Präsidium der neuen Staatshandelsbank übernehmen würde. Der Genannte ist der Baron Stieglitz, und die Aufgabe seines großen Bankiergeschäfts ist also nicht gleichbedeutend mit einem „Zur Ruhe sezen.“ Die Bank wird ein Grundkapital von 15 Mill. S. R. haben und sehr ausgedehnte Besitznisse erhalten. — Im westlichen Kaukasus haben wieder einige militärische Bewegungen stattgefunden, und zwar nach dem seit Jahren beliebten vorsichtigen System des langjährigen Vorgebens, dem jedesmal eine gesicherte Festsetzung folgt. Es scheint also, als ob der Feldzug des Fürsten Bagrationi, welcher die Bevölkerung des Kaukasus vollenden sollte, und der angeblich für dieses Jahr festgesetzt war, noch etwas vertagt worden ist. Im westlichen Kaukasus stehen drei Corps, längs des Adagum, längs der Laba und im Lande der Schapsugen. Alle drei Corps haben im Anfang Mai ihre gewöhnliche Frühjahrs-Expedition gemacht, sind eine ziemliche Strecke in Feindesland eingedrungen, und haben jedes eine neue Befestigung angelegt, durch welche die bisherige Kordonlinie vervollständigt und enger gezogen wird. Nur das Schapsudische Detachement unter dem General Rudanowski traf auf den Feind, und die Einnahme des volksreichen Auls Rabanczy konnte nur durch ein blutiges Gefecht bewirkt werden, bei welchem die Russen eine ziemliche Anzahl von Verwundeten und einige Tote hatten. Gleichzeitig unternahm der Kommandirende in Abchasien, General Karganoff, eine kleine Expedition zur See, um ein paar kleine Stämme, welche sich feindlich gegen Russland benommen hatten, zu züchten und den blühenden Schmuggelhandel türkischer Schiffe zu zerstören, von denen auch wirklich eins aufgebrückt wurde. Die Bergvölker sind für mehrere ihrer wichtigsten Bedürfnisse durchaus auf diesen Schmuggelhandel angewiesen, und es wäre daher von Wichtigkeit, denselben auszurotten, um jene zur Unterwerfung zu nötigen. Aus den russischen Berichten läßt sich aber kein klares Urtheil gewinnen, da immer nur

von Zeit zu Zeit eine ganz unbedeutende Expedition unternommen wird, die ein paar Schiffe aufbringt, aber offenbar den Schleichhandel nicht vernichtet. — In Samara sind vom 15. April bis 1. Mai nicht weniger als für 4½ Mill. S. R. auf der Wolga verschifft worden. Man erwartet, daß der Absatz russischer Produkte nach auswärts sich in diesem Jahre sehr günstig stellen wird. (Schl. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 12. Juni. [Feindselige Stimming gegen Deutschland.] Vor einigen Tagen regalirte „Advertisements Tidende“ ihre Leser mit einer Charakteristik der deutschen Zeitungspresse. Sie können denken, daß der Artikel nicht darauf berechnet war, Liebe für Deutschland zu erwecken. Unter Anderm wird die deutsche Presse in Bezug auf Frankreich und Napoleon mit dem Hunde, der den Mond anbietet, verglichen; Deutschland fahre fort, jenen großen Mann herauszufordern, während man deutlich sehen könne, wie es vor Furcht zitterte. Deutschland führe stets das Wort „Freiheit“ im Munde und würde doch bekanntlich durch seine Fürsten und Priester geknechtet, wie kein anderes Land. Die „deutsche Einigkeit“, von der die Zeitungen bis zum Ekel schrieben, sei ein Spott im Auslande; denn wenn auch die Völker sie anstreben, würden die Fürsten sie verhindern. So das dänische Blatt. Dabei träumt man hier von einem großen, politisch vereinten skandinavischen Reich, von nordischer Einigkeit, die mindestens ebenso problematisch wie die deutsche ist. Schon das unter einem Herrscher vereinigte Reich Schweden und Norwegen ist weit entfernt, durch Sympathien verbunden zu sein. Der Norweger liebt den Schweden durchaus nicht, und zwischen den Dänen und dem Schweden herrscht keine sonderliche Vorliebe, kurz eine gegenseitige Eifersucht, ja Antipathie zwischen den Völkern wie eine skandinavische Einigkeit nicht aufkommen lassen. Während hier das Deutschthum auf jede Art verspottet, bewiegelt und lächerlich gemacht wird, während elende Wochenblätter in plumpen Karikaturen und noch plumperen Witzen ihre Galle gegen Deutschland zu Tage fördern, nimmt „Avert. Tid.“ nicht Anstand, von dem ingrimigen Haß der Deutschen gegen Dänemark zu sprechen. (R. P. B.)

[Vulkanische Eruptionen in Island.] Nach einem Briefe aus Island vom 15. Mai hat ein heftiger vulkanischer Ausbruch auf dem Berge Katla, zu Mirdalsjökul an der Südküste Islands gehörig, stattgefunden. Auf den Westmann-Inseln bemerkte man denselben am 9. Mai, da der Ostwind eine Menge Asche und vulkanischen Sand dahin führte. Als der Wind sich gelegt hatte, fiel besonders vom 13. und 14. eine solche Masse Vulkan sand und Vimstein, daß die Ufer der Bucht fast ganz damit bedeckt waren. Deutlich von der sogenannten Schanze konnte man den Ausbruch selber sehen, der nach allen Richtungen die Gegend beleuchtete. Der Schnee auf dem Mirdalsjökul war nicht zu sehen, entweder, weil er geschmolzen, oder mit Asche bedeckt war. Von Hjorlasfjöld und ostwärts im Mirdalslande sah man am 15. Mai nur Wasser, wo sonst Land war, so daß Niemand weiß, was aus den Ostländern geworden ist. Man vermutet, daß Alptaveri, Skapartungum und Middellandi am meisten durch den Ausbruch gelitten haben. Der Katla ist seit einem starken Ausbruch bekannt, der zur selben Zeit stand, als Lissabon im Jahre 1755 durch ein Erdbeben zerstört wurde. Der letzte Ausbruch geschah vor etwa 35 Jahren. Gewöhnlich dauern diese Eruptionen drei bis vier Wochen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 2. Juni. [Abschaffung der Prügelstrafe; die Wehrpflicht.] Der Adel- und Ritterstand hat den Gesetzesvorschlag wegen der Abschaffung der Prügelstrafe in der Armee mit 27 gegen 25 Stimmen verworfen; da jedoch der Gesetzesvorschlag durch die Annahme derselben von Seiten der andern drei Stände bereits zum Standesbeschuß erhoben ist, so hofft man, daß der König durch die zwei Stimmen der Majorität im Ritterhause sich nicht von der Sanktion derselben abhalten lassen wird. — Die Frage in Betreff einer Verbesserung in der allgemeinen Wehrpflicht ist nun von drei Ständen abgemacht; „Afbl.“ greift die Bestimmung, daß eine gewisse Anzahl sich für 100 Thlr. R.-M. loskaufen kann, sehr stark an, weil diese Bestimmung die Wehrpflicht zu einer Last für die Armen mache, während sie eine Ehrenpflicht für alle Stände sein sollte. (R. B.)

Türkei.

Konstantinopel, 1. Juni. [Finanzzustand.] Da die traurige Finanzlage der Türkei in letzter Zeit vielfach besprochen wurde, so wird es nicht uninteressant sein, einen Vergleich zwischen den Schulden und Einkünften des Reiches, insoweit derselbe möglich ist, anzustellen. Der „Levant Herald“ ein gut unterrichtetes englisches Blatt hier, zählt die Staatschulden folgendermaßen auf: Noch unverbrannte Kaines 85.000.000, Schims 80.000.000, Hasne Tahyilis 250.000.000, Consolides 250.000.000, Schulden des Kriegs-, Marine- und Handelsministeriums 250.000.000, Schulden des Finanzministeriums 750.000.000, Verlust beim Einschmelzen der schlechten Silbermünzen 200.000.000, Anleihen in Konstantinopel 200.000.000, Englische Anleihen 1.400.000.000. In Gulden übertragen, giebt dies eine Summe von dreihundert und einigen Millionen Gulden. Die Einkünfte betragen nach Ubicini etwa 80 Millionen Gulden, müssen sich aber bis jetzt bedeutend vermehrt haben. „Es ist kaum begreiflich“, bemerkt die „Dest. Ztg.“, „und ein sicheres Zeichen eines falschen Finanzsystems, daß die Türkei bei ihrer verhältnismäßig sehr geringen Schuldenlast und bei den vielen noch unausgebrüten Hülssquellen, die ihr zu Gebote stehen, so ganz und gar jeden Kredits, namentlich im Auslande, entbehrt. Jedenfalls würde eine kurze Ruhe genügen, um die Finanzen des Reiches wieder auf einen blühenden Stand bringen zu können. Die Vernichtung der Kaines dauert fort, und in dieser Woche wurde wiederum eine Summe von 20 Mill. verbrannt. Bis zur vollständigen Eingiehung des Papiers soll fünfziglich wöchentlich eine gleiche Summe verbrannt werden.“

Konstantinopel, 3. Juni. [Der Ministerwechsel; die Lage der Christen.] Eine Korrespondenz der „Triester Ztg.“ schreibt die Ernennung Kuprisli Pascha's zum Großvezir dem russischen Einfluß zu. „Indessen“, bemerkt der Korrespondent, „dieser Sieg ist troß der gebrachten Opfer bloß ein scheinbarer und bleibt es selbst dann noch, wenn, wie es so eben heißt, schon in den nächsten Tagen auch Riza Pascha seines Amtes enthoben würde.

Vom 16. Juni.

BAZAR. Probst Dr. v. Prusinowski aus Grätz, die Gutsb. Schöbel aus Gołtewo und v. Radomski aus Rudnitz, die Gutsb. Frauen v. Gutowska aus Kuchocice, Kruszyńska aus Rawra und v. Zabłocka aus Milosław.
HOTEL DU NORD. Probst Eicholtz aus Brodnica, die Rittergutsbesitzer v. Biebenitz aus Frankfurt a. D. und v. Radomski aus Rudnitz.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Frau Rittergutsb. v. Treskow aus Polen, Kreisgerichts-Direktor Schnitter aus Stralsund, Fabrikant Falbmann aus Magdeburg, die Kaufleute Mandler aus Mannheim und Fädel aus Breslau.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Lecomicki aus

Machin und v. Lecomicki aus Bocklowo, Frau Rentier v. Szerdahely aus Danzig und Kaufmann Grohmann aus Leipzig.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Gutsb. v. Sander aus Chrzanów, Preußen-Lieutenant Graf v. Rittberg aus Gnesen, die Kaufleute Junke aus Gladbach, Leonhard aus Leipzig, Seeling aus Schneeberg, Sann, Philipp-Johann und Eisner aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Hauptmann im 7. Inf. Regiment v. Bussow aus Siegen, Prem. Leut. im 5. Artillerie-Regiment Hartmann aus Schmiedeberg, Lieutenant Schulz aus Frankfurt a. O., Frau Gutsbesitzerin Gräfin Storckowska aus Prochnow, Gutsbesitzer v. Bialkowski aus Pierzchno, Fräulein Müller aus Grätz und Schlossermeister Görlitz aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. v. Cetkowsky und Partikulier v. Cetkowsky aus Drapiewko, Rentier v. Pomianowski aus Danzig und Kaufmann Marolok aus Kratoschin.

HOTEL DE PARIS. Wirthsh. Inspektor Maciejewski aus Bielska, Gutsbesitzer Janowski aus Wilkow, die Gutsb. v. Szczeski aus Drzeżkowo und v. Bojanowski aus Rydz.

HOTEL DE BERLIN. Hauptmann a. D. Toporek aus Grätz, Kaufmann Borek und Kammerjäger Südecke aus Berlin, die Gutsb. Heinze aus Wallwitz und Heinz aus Klecko.

HOTEL DE VIENNE. Töpfermeister Krause aus Breslau.

PRIVAT-LOGIS. Frau Bürgermeister Priebe aus Trzemeszno, Halberstraße Nr. 35.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

An der hiesigen gehobenen deutschen Stadtsschule welche unter einem Rektor mit 7 Lehrern steht, sind 3 Lehrerstellen mit 250 Thlr. 170 Thlr. und 150 Thlr. jährlicher Besoldung nebst freier Wohnung zu besetzen. Für die erste Stelle wird wissenschaftliche Ausbildung und die Fähigkeit, den lateinischen und französischen Sprachen gründlich ertheilen zu können, gewünscht; bei den leichten beiden Stellen soll vorzugsweise auf Tüchtigkeit im Rechnen Rücksicht genommen werden.

Qualifizierte Bewerber werden erachtet, ihre mit Attesten unterstützte Meldungsgefechte spätestens bis zum 25. Juni c. an den Vorstand des Schulvorstandes, den Kreisgerichts-Salatentassen-Hendanten **Herrmann** in Pleß schen einzureichen.

Pleschen, den 29. Mai 1860.

Der Schulvorstand.

Möbel-, Billard-, Gold-, Silber-, Cigarren- und Fayence-Geschirr-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich Montag den 18. Juni c. Vormittags von 9 Uhr ab in dem Auktionslokal Magazinstr. Nr. 1

Mahagoni- u. Birkenmöbel, als: Sofas, Tische, Stühle, Spiegel, Kommoden, Kleider- und Waarenspinne, Tafelstücks, Nippische, 4 große Ölgemälde, Kleidungsstücke, Gold- und Silbersachen, nämlich Löffel, Armbänder, Broschen, Uhrgehänge, Ringe, alsdann 9 Mill. Cigarren, diverses Fayence, Geschirr und Tafel-Service in weiß und blau, so wie Punkt 11 Uhr.

1 gutes, noch neues Mahagoni-Billard, öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Die Auktion mit dem Fayence-Geschirr und Tafel-Service wird Nachmittags von 3 Uhr ab fortgesetzt. Jobel, gerichtlicher Auktionator.

Bekanntmachung.

Zu Folge Auftrages des königlichen Kreisgerichts hier selbst werde ich am 27. Juni d. J. Vormittags um 11 Uhr, vor dem hiesigen Gerichtsgebäude eine Quantität Wolle

(circa 40 Zentner),

welche am Terminstage auf der hiesigen Stadtwaage gewogen werden wird, im Wege der öffentlichen Auktion an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verlaufen, wozu Kaufstüfe eingeladen werden.

Pleschen, den 14. Juni 1860.

Jahns, Auktionskommisarius.

Meine beiden zusammengehörigen Grundstücke Wallstraße 46/47 bin ich Willens zu verkaufen, und werde bei einer guten Anzahlung billigen Kaufpreis stellen. Die Grundstücke sind durchweg im besten Zustande und haben großen Hofraum und Garten.

B. Freudenthal,

fl. Gerberstr. 11.

Ein Grundstück im besten baulichen Zustande, dicht bei **Posen** an der Chaussee belegen, welches bisher als Kaffeehaus und Restauration bestanden, ist veränderungshalber zu verkaufen, oder auch an einen soliden Pächter abzugeben. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

In dem

chemischen Institute

des vereidigten Sachverständigen und Taxators **Dr. Ziurek zu Berlin,** Wilhelmstraße 112: Analysen, Werthebeurteile, chemisch-technische Untersuchungen und Gutachten für alle Zweige des Handels, der Industrie, Landwirtschaft, des Bergbaus und Hüttenbetriebes.

Französisch und Englisch. Unterricht in beiden Sprachen erhält für einzelne Herren und Damen, wie auch für Klassen **C. Flatau**, geprüfter und konzessionierter Lehrer, Wronkerstr. Nr. 91 nahe am Markt.

Unterrichtsanzeige.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für diesen Unterricht nimmt entgegen **Merzbach,**

Lehrer an der hiesigen städtisch-jüdischen Schule.

Meinem im vorigen Jahre begonnenen Unterricht in irr. Religion und den hiesigen Gegenständen für irr. Töchter, welche die hiesigen höheren Anstalten besuchen, habe ich durch eine größere Anzahl von Stunden eine Erweiterung zu geben mich beabsichtigt.

Meldungen für

Ein tüchtiger Buchführer, der auch der Korrespondenz vollkommen gewachsen sein müßte, kann ein recht günstiges Engagement erhalten.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann R. Felsmann in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

Drei gesittete, keine Mädchen von ansprechendem Aussehen, von denen die Einschön als Ladenmädchen fungirt haben müßte, erhalten in noblen und reinlichen Handlungen als Verkäuferinnen Stellen.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann R. Felsmann in Breslau, Schmiedebrücke Nr. 50.

In einer größeren Provinzialstadt wird für ein schon bedeutendes Puppengeschäft eine geübte Puppenmacherin als Diretrice zu engagieren gewünscht. Näheres bei Julius Borek in Posen, Markt Nr. 92.

Ein tüchtiger Landwirth, Anfangs dreizehner Jahre, unverheirathet, der deutschen und auch der polnischen Sprache ziemlich mächtig, der auch schon größere Güter selbständig bewirtschaftet hat, sucht zum 1. Juli d. J. ein anderweitiges Unterkommen. Nähertes poste restante E. W. Wongrowie.

Ein tüchtiger Brenner, unverheirathet, militärfrei, der mit drei Pfund Grünmalz, bei guter Kartoffeln, 9% zieht, wünscht zum 1. Juli d. J. ein Unterkommen, poste restante A. M. Wongrowie.

Ein gebildetes Mädchen in gesetzten Jahren, mit gutem Zeugniß verheirathet, sucht eine Stelle zur Unterstützung der Hausfrau auf dem Lande oder in der Stadt. Nähertes bei Mad. Klaau, Böttelstraße Nr. 22.

Lamberts Garten.

Sonnabend den 16. Juni:

Großes Konzert (Militärmusik).

von dem Musikkorps königl. 6. Inf. Regiments unter Leitung des Musikmeisters Radec. 3. A. u. A.: Arie der Elisabeth aus "Tannhäuser". Fantasie aus "Robert" von Wierprecht. Militärisches Potpourri von Neumann.

Anfang 6 Uhr. Entrée 2½ Sgr. Familien von 3 Personen 5 Sgr.

Victoria-Park.

Sonnabend den 17. Juni:

Großes Konzert

vom Musikkorps des 5. Artillerie-Regiments, unter Leitung des Musikmeisters Hrn. Arbeiter. Entrée 2½ Sgr. Familien von 3 Personen 5 Sgr.

Anfang 5 Uhr Nachmittags.

Emil Tauber.



Alles Uebrige ist bekannt.

Morgen, Sonntag den 17. Juni, werden die Vorstellungen in der Bude auf dem Kanonen von 4 Uhr ab zum letzten Mal mit dem Wunderjüngling, den dressirten Pferden und in der Bauchrednerkunst gegeben.

J. Looset.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 15. Juni 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	—
Aachen-Maastricht	4	16½ G
Amsterdam-Rotterdam	4	73½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	79½ bz
do. Lt. B.	4	70½ G
Berlin-Anhalt	4	111½ bz
Berlin-Hamburg	4	107 G
Berl. Potsd. Magd.	4	130-23½ bz
Berlin-Stettin	4	101 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	32½ bz
Brieg.-Neisse	4	55-54½ bz
Cöln.-Crefeld	4	—
Cöln.-Minden	3½	131-32-31½ bz
Cöln.-Oberb. (Wils.)	4	35½ bz
do. Stamm-Pr.	4	—
Löbau-Zittauer	5	—
Ludwigshof. Berg.	4	123½ G
Magdeb. Halberst.	4	183 G
Magdeb. Wittenb.	4	35½-35 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	96½ bz
Mittelelster	4	46½-47 etw-46½ bz
Münster-Hammer	4	—
Neustadt-Weisbad.	4½	—
Niederölschl. Märk.	4	91½ G
Niederschl. Zweibr.	4	—
do. Stamm-Pr.	4	—
Nordb. Fr. Wils.	5	49½-5½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	123 G
do. Litt. B.	3½	111 bz
Dest. Franz. Staat.	5	136½-37-36½ bz
Doppeln. Tarnowitz	4	31½ G
Pr. Wlh. (Steel-W.)	4	—

Im Anfang der heutigen Börse fanden belebte Spekulationsläufe statt; der Schluss matter und geschäftsfreier.

Breslau, 15. Juni. Die heutige Börse war sehr animirt und die Kauflust eine ziemlich allgemeine, so daß es den Anschein gewann, als ob wieder einiges Vertrauen zur Spekulation in Effekten eingetreten sei. Spekulationskurse. Deutfchische Kredit-Bank-Aktien 72½-2 bez. Schlesischer Bankverein 76 Br. Breslau-Schweid-

Ziehung 1. Juli. 250,000 Gulden Hauptgewinn Ziehung 1. Juli.

der Destreich'schen Eisenbahn-Loose.

Gewinne des Anlehens sind: Fl. 250,000, Fl. 200,000, Fl. 150,000, Fl. 30,000, Fl. 20,000, Fl. 15,000, Fl. 5,000, Fl. 1,000 u. — Diese sicher gewinnenden Lose erleiden keinen Abzug bei der Gewinn-Auszahlung und werden von den Unterzeichneten aufs Billigte geliefert; schon gegen Einwendung von 3 Thlr. kann ein solches unter den bei uns zu erfahrenden Bedingungen erlangt werden, so wie 5 Stück für 12 Thlr. Auch können wir den resp. Betrag durch Postverschluß entnehmen. — Pläne und Ziehung s. Bank- und Staatszeitungen. —

STIRN & GREIM, Bank- und Staatszeitungen. —

Geschäft in Frankfurt a. M., Zeil 33.

Geste loko pomu. 38½ bez.

Hafer, loko p. 50pf. 28-28½ Rt. bez.

Rübel, ohne Handel, loko p. Juni 11½ Rt.

Br. p. Juni-Juli 11½ Br., 11½ Gd., p. Spitz-Gd.

Okt. 12 Br. u. Gd.

Spiritus, loko ohne Saß 18½-21 Rt. bez.

Juni-Juli 18½ Rt. bez. u. Br. p. Juli-Aug.

do. p. Aug.-Sept. 18½ Rt. Gd., p. Sept.-Okt.

18½ Rt. bez. u. Br. p. Okt.-Nov. 17½ Gd.

17½ bez. (St. 3.)

Breslau, 15. Juni. Wetter: Die Höhe steigerte sich heute bis auf 22° im Schatten, bei gefülltem Barometerstand trat zu Mittag ein nicht lange anhaltender schwächer Regen ein.

Weißer Weizen 79-84-87-90 Sgr., gelber

Roggen 52-54-56-59 Sgr.

Geste 38-40-44-48 Sgr.

Hafer 26-28-31 Sgr.

Erbsen 52-54-56 Sgr.

Delfsäuer ohne Handel.

An der Börse. Roggen, p. Juni u. p.

Juni-Juli 41½ bez. p. Juli 42½ bez. u. Gd.

p. Juli-Aug. 42½ Rt. bez. u. Gd., p. Aug.-Sept.

43½ Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 43½ Rt. bez.

Rübel, loko, p. Juni und p. Juni-Juli 11

11½ Rt. Br., p. Okt.-Nov. 11½ Br.

Spiritus, loko 16½ Rt. Gd., p. Juni u. p.

Juni-Juli 16½ Rt. Gd., p. Juli-Aug. 17½ Rt.

17½ bez. p. Aug.-Sept. 17½ Rt. Gd. (Br. Höslb.)

Wollmärkte.

Görlitz, 14. Juni. Während der Dauer des diesjährigen Wollmarktes vom 8. - 11. D.

Uhr, wurden auf der Rathswaage 280 Zentner

gute Mittelwollen aus den benachbarten Domini-

nern verwogen, die zu durchschnittlich 12-15

Thlr. in einzelnen Fällen auch 16 Thlr. höheren

Preisen als auf vorjährigem Wollmarkt an hie-

figen Fabrikanten Kauf zu finden. Das voriges

Jahr zum Verkauf gelangte Quantum ist dieses

Jahr ansehnlich übertragen. (Ziegelb.)

Bautzen, 13. Juni. Der gestrige hiesige

Wollmarkt hat einen seltenen reichen und sehr

günstigen Verlauf genommen. Das Hauptge-

schäft war schon zeitig am Vormittag beendigt.

Von den etwa vorhandenen 6000 Stein Wolle

ist bis auf 2 Posten Alles verkauft, und ein Preis

von 10-15 Thlr. mehr als im vorjährigen Jahr

gewährt worden. Daß eine verhältnismäßig so

geringe Quantität auf dem Markt war, erklärt

sich dadurch, daß schon vorher Händler auf den

Hintergütern alle Borräthe aufgetaut hatten.

Böhmisches Produzenten, die sich in neuerer Zeit

vorzüglich dem hiesigen Markt zuwenden, hatten

das Hauptkontingent geliefert.

Wollbericht.

Moskau, 6. Juni. Wir haben seit unserer

Mitteilungen vom 21. v. M. noch von einigen

Wollverkäufern zu berichten, welche unseres gan-

zen Vorraht seiner Gattungen, auf 6-7000

Pud gewaschen veranschlagt, reduziert haben,

wovon wohl auch in den nächsten Wochen noch

Bedarf begeben werden dürfte, da sie stetig

Die neue Wollcampagne eröffnet somit mit fast

gänzlich geräumten Lägern, denn auch in Char-

ton und auf den Belgorod Wäschereien sind

nur unbedeutende Quantitäten vorrätig, und

auch diese, meist nur aus Sterblingen bestehend,

Frühjahrschwäche. Für den bevorstehenden Char-

lower Markt ein Prognos ist stellen zu wollen,

ist unmöglich; nur ist zu bemerken, daß in Folge

der schon stattgehabten sehr bedeutenden Bi-

triebsverkäufe von der neuen Schur, meist in

Schweiz und größtmöglich für Export und bei

gänzlich geräumten Lägern, billige Preise nicht

in Aussicht stehen. Von Donostia-Blechwollen

findet ein hübsches Los von 3500 Pud zu 6½ R.

Nehmer. Es ist Bedarf für Armetücher, was

auf Preise dieser Wollgattungen Einfluß üben

Können. Ziegenfleisch 7-800 Pud in den letzten

Wochen begeben: weißer 22-22½ R., grauer

16½-17½ R. pro Pud. Es sind fernere mäßige

Zufuhren zu erwarten.

!! 25 Thlr. Belohnung!!

Am 13. d. M. Abends ist mir auf dem Po-

steuer Bahnhofe ein Portemonnaie mit

170 Thlr. Inhalt und zwar:

1 Kassenanweisung über 100 Thlr.

4 Posener Provinz. Bank Bill. à 10 Thlr. =

40 Thlr.